

Erstheft täglich außer Montag. Abonnement-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Voll-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Einzelhefte in der Post-Verkaufs-Preisliste für 1891 unter Nr. 6109.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 40 Pf., für Verlags- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt G, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Reuth-Strasse 2.

Dienstag, den 17. Februar 1891.

Expedition: Reuth-Strasse 3.

zur Landagitacion. *)

I.

1. Die sozialen Gegensätze auf dem Lande.

Wird es der Sozialdemokratie gelingen, das platte Land zu erobern, wird sie dort ihr Banner mit Erfolg aufrichten können? Diese Fragen harren ihrer Lösung. Eine Partei, wie die unsrige, — welche ihre Daseinsberechtigung wissenschaftlich nachweisen kann, welche nicht künstlich durch geschickte Agitatoren geschaffen, sondern in ihrer Entstehung und Machtentfaltung das Produkt bestimmter wirtschaftlicher Zustände der Gesellschaft ist, — wird auch ihre Unternehmungen so einrichten, daß die Bedingungen für den Erfolg vorhanden sind, in unserem Falle, daß die ökonomische Entwicklung auf dem Lande so weit gediehen, daß ein Einbringen unserer Grundsätze und Ideen möglich ist. —

In den meisten Landstrichen sind die sozialen Gegensätze die denkbar schärfsten — auf der einen Seite der Besitzer großer Grundstücke, deren Flächeninhalt, wie im Osten, öfters mehrere Meilen beträgt, auf der anderen Hunderte von Arbeitern, die ebenso wie der Industrieproletarier nicht ihr eigen nennen als ihre Arbeitskraft, für die ihnen aber nichts als das Allernothwendigste geboten wird.

Wir haben seit Jahren die Klagen der Herren Fürsten, Grafen und Barone im Reichstage gehört über den schlechten Stand der Landwirtschaft — wir behaupten aber, daß gerade diese Grundaristokratie sich in ganz passablen Verhältnissen befindet; es sei denn, daß zu noble Passionen, etwa das Hazardspiel, diesem oder jenem Herrn das Genick gebrochen.

Sehr oft lebt der Herr Graf jahraus, jahrein in der Hauptstadt; — die Lohnarbeiter zu Hause besorgen die Verwaltung, die Instandhaltung seiner Felder, er sieht und hört nichts von allem, die Arbeiter adern, pflügen, säen und ernten das Feld, sie Dreschen und reinigen das Getreide, sie füllen es in Säcke, schaffen es nach der Stadt und bringen Säcke gefüllt mit Geld dafür zurück, welches dann fein säuberlich eingepackt dem Herrn Grafen übersandt wird. — Segen ist der Mühe Fleiß, der dafür, um sich von den Strapazen zu erholen, eine Reise nach Italien macht, oder die Sommerbäder am Rhein besucht und im Winter seinen Bekannten Soireen giebt, auf welchen der Wein in Strömen fließt. Die Verwalter der Güter wirtschaften derweil so gut, daß sie nach ein paar Jahren für sich selbst ein Rittergut kaufen können.

Wohnt der „Gnädige“ auf seinen Gütern, so lebt er auch hier wie „Gott in Frankreich“ — und hat nebenbei die Annehmlichkeit, dem von seinen Vätern ererbten und beim Militär ausgebildeten Gang zum Kommandiren fröhnen zu

*) Wir veröffentlichen vorstehenden werthvollen Artikel eines vom Lande stammenden städtischen Arbeiters, ohne uns mit allen Ausführungen desselben vollkommen einverstanden zu erklären. Wir sind aber überzeugt, daß die Ausführungen unseres Mitarbeiters vielfach anregend wirken werden.

können. Daß er seine Tage schöner zubringt als der Arbeiter, wird uns selbst der Herr Graf glauben — aber dafür waren seine Väter Raubritter und die Eltern seiner Leute Leibeigene. Treib- und Hezjagden, das Aus- und Tobtreiten neuer Pferde, die Veranstaltung von Ballen und Soireen füllen die Tage aus (die armen Institute und Tagelöhner erzählen sich, während sie unten im Hofe des Herrenhauses zu den hellerleuchteten Fenstern hinaufsehen, daß dieser Ball dem „Gnädigen“ wieder tausend Thaler kostet).

Recht schneidige Herren vertreiben sich die Zeit wohl auch mit dem Prügeln der Leute — wer da glaubt, daß heute — Gott sei's gedankt — nicht mehr geprügelt wird, der irrt gewaltig. Wir könnten eine ganze Reihe von Mißhandlungen aufzählen, so einen Fall, wo sich der „Gnädige“ nicht schämte, einen ganz alten Mann, der viele Jahre als Gärtner auf seinem Gut gearbeitet, mit dem dicken Ende seiner Reitpeitsche, welches einen Bismarck- oder Hundelops darstellte — ich weiß nicht mehr genau — zu bearbeiten, daß derselbe „wie ein Schwein blute“ — weil er den Ochsen die Schwänze nicht gut genug abgeputzt hatte — wahrscheinlich sollte die Peitsche das Gewürz zur Altersversorgung darbieten. Oder ein anderes Beispiel. Als einer der Scharwerkemänner zufällig vom Felde nach Hause kam und den „Gnädigen“ im Bett bei seiner Frau fand — da sprang dieser juchzend auf ihn zu und verarbeitete ihn derartig, daß sein Kopf voller Löcher war — weil er unbefugter Weise vom Felde weggegangen war. Daß dem Knechte, nachdem ihm, auf einen Bind Stroß gesteckt, vom Vogt 10 oder 20 Hiebe ausgezählt, für jeden Hieb ein Dreier vom Lohn abgezogen wurde — diese Sitten mag wohl abgekommen sein, das Prügeln aus dem Stegreif aber — mit der Reitpeitsche über Rücken, Kopf und Gesicht — hat nicht aufgehört, und in dem Revier manches schneidigen „gnädigen Herrn“ kann man öfters davon hören. —

Was nun die finanzielle Lage der Herren betrifft, so ist diese natürlich keine schlechte. Das Getreide auf den großen Gütern steht besser und giebt immer reicher Körnermaß als das Land der Bauern, infolge der rationelleren Bewirtschaftung, sorgfältigeren und düngereicheren Ackerung bringt auf großen Gütern der Scheffel Korn Ausfaat immer 12—16 Scheffel Ernte, während der Bauer zufrieden ist, wenn er 10 Scheffel erntet. Dazu hat der Gutsherr den Vortheil, daß er kapitalkräftiger ist, daß er mit dem Verkauf seines Getreides warten kann, bis der Marktpreis günstig steht, während der Bauer, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, kaum die Ernte abwarten kann, er muß sehr oft a l e s verkaufen, um die aufgesammelten Schulden bezahlen zu können — sehr oft bleibt ihm kein Saatkorn zum nächsten Frühjahr und dann muß er das theure Getreide des Herrn oder des Kornwunders auf Kredit nehmen — oft muß der Bauer das Korn schon verkaufen, wenn es noch auf dem Halm steht — die Lage des letzteren gegen die des Großgrundbesitzers ist ungefähr dieselbe, wie die des selbständigen Handwerkers gegenüber der des Fabrikanten und Groß-

industriellen, und wie hier immer mehr und mehr das Kleingewerbe verdrängt wird durch den Großbetrieb — so auch in der Landwirtschaft; — ganze Bauernhöfe sind von den benachbarten Gutsherrn eingekauft worden — der Bauer ist ihnen lästig und ist er in Verlegenheit, drängt ihn der Wucherer, der wohlgemerkt, sehr oft ein Christ ist, so ist die Zeit da, wo der Bauer geneigt sein muß, sein Grundstück abzutreten.

Die Herren Agrarier jammern über die Dezinirung der Bauerngüter, verschweigen uns aber, daß dieselben jetzt ihren Latifundien einverleibt sind.

Zur weiteren Beurtheilung der finanziellen Lage der Großgrundbesitzer gilt die Thatsache, daß die meisten der Herren es verstanden haben, durch Einführung industrieller Anlagen auf ihren Gütern sich den Fortschritt der Zeit zu nütze zu machen; sie betreiben Schnaps- und Ziegelbrennereien, Stärkesabriken, Zuckerraffinerien, wofür sie sich bekanntlich sogar Staatsprämien bewilligt haben. . . .

Besehen wir uns dagegen die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse des Landarbeiters!

Unsere Dichter liefern uns in Poesie und Prosa schöne romantische Schilderungen des Landlebens, von dem herrlichen Leben in Feld und Wald — aber wie ganz anders ist die nackte Wirklichkeit. Von früher Jugend an im Frohndienst, jäten, Quecken und Steine abhämmeln, Kartoffeln auflesen, Mergel streuen, Heu aufraffen, Hirtendienst, 12 und 13jährige Kinder Ernte-Arbeiten u. a. m. verrichten. Die Schulen auf dem Lande, die bekanntlich lange nicht so viel leisten als die einfachsten Stadtschulen, finden im Sommer nur theilweise statt — für die jüngsten Kinder, welche arbeiten, sind die Morgenstunden von 5—7 Uhr und Mittags von 12—2 als Unterrichtszeit festgesetzt; nach dem Ausspruch eines bekannten konservativen Parlamentariers sind die Kinder auf dem Feld beim Vieh besser aufgehoben als in der Schule. — Für ihre Arbeit erhalten die Kinder einen Lohn von wenigen Pfennigen täglich. So kommt es, daß der Landarbeiter von einer schönen Kinderzeit nichts erzählen kann, sie war voller Mühe und Arbeit und wenn die Bourgeoisphilosophen herausrechnen, daß ein Staatsmann u. a. deshalb mehr Gehalt beziehen mußte, als ein Arbeiter Lohn erhält, weil er seine ganze Jugend auf das Studiren verwenden mußte, während das Proletarierkind in Feld und Wald herumstreifte, so daß in jenem Gehalt eben die Arbeit seiner Jugend stecke, so kennen sie die thatsächlichen Verhältnisse nicht, oder wollen sie nicht kennen.

Der Arbeiter erhielt niemals den Ertrag seiner Arbeit bezahlt und dies geht noch weniger als früher, wenn man den Lohn in Verhältnis zu dem riesig gewachsenen Profit des Kapitals stellt; am ungünstigsten hat sich dieses Verhältnis auf dem Lande gestaltet, der Lohn ist hier ein solch geringer, daß die Lebenshaltung der Arbeiter von heute wenig verschieden ist von der ihrer Voreltern, und gerade die Hebung und Vermehrung der Bedürfnisse wäre ein Hebel für den Fortschritt auch auf dem Lande gewesen. Die Ursache ist hauptsächlich in der Naturallohnung zu

Feuilleton.

Wachsthum verboten.)

[40]

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

Natürlich schimpften sie auf ihn im „Morgenblatt“ und verfolgten ihn und verschlossen ihm die Universität; „er sei ein „Freidenker“ sagten sie. . . Herrgott, waren nicht fast alle anständigen Leute Freidenker? Björnson, Ibsen, Johann Sverdrup, alles, was da taugte. . . und ihre neuen Freunde, die besten Menschen, die sie jemals gekannt; ganze oder halbe Freidenker fast jeder einzelne; Fanny fürchtete sich nicht im geringsten mehr vor Freidenkern, sie wurde so muthig, daß sie schließlich Uhermann bat, ihr zu erklären, was die „Freidenkererei“ eigentlich sei.

Uhermann erklärte. Sie konnte sich nicht recht aus; er war so unbestimmt; man brachte ihn so schwer dazu, ja oder nein zu sagen; er antwortete nicht einmal gerade heraus, als sie ihn fragte, ob er glaube, daß ein Gott existire. „Es ist möglich, daß ein Gott existirt“, sagte er; „jedemfalls aber ist er nicht so, wie die Priester ihn schildern!“ — „Wir dürfen also an einen Gott glauben?“ — „Ja dürfen? Wenn man nur kann!“ — „Warum sollten wir nicht können?“ — „Versuchen Sie doch selbst, ob Sie an einen guten und gerechten Gott glauben können in einer Welt, die von Ungerechtigkeit überfließt!“ — „Ja aber. . . das ist doch nicht seine Schuld?“ — „Glauben Sie nicht, daß viel Böses geschieht, das zu verhindern wäre, wenn wirklich jemand

existirte, der allwissend und gut ist?“ — Sie konnte im Moment nicht antworten und leitete das Gespräch auf andere Gegenstände über. Seither aber quälte es sie, daß Gott so viel Böses geschehen ließ, obgleich er allwissend und allmächtig war. —

Das wurde eine fürchterliche Zeit in Beziehung auf die Politik; Norwegens Freiheit stand auf dem Spiel; das Ministerium Selmer wollte das absolute Veto *) einführen. Allein der Freiheitskämpfer Johann Sverdrup hatte im Storting einen Vorschlag eingebracht, welcher diesem verrätherischen Anschlag Einhalt thun sollte, und nun redete man im ganzen Lande von nichts anderem, als von Johann Sverdrup und dem Veto.

Fanny wurde mitgerissen. Johann Sverdrup ward das Ziel ihrer Begeisterung. Endlich ein Mann! Furchtlos, unverzagt, ohne anderen Gedanken als des Volkes Freiheit, stand er da, der alte General, nach dreißig-jährigem Kampf ergraut, aber noch der jüngste von allen, die Fahne höher und höher lüftend im steigenden Sturm, mit seinem Adelsbild ruhig vorwärts schauend, die Hand auf dem Steuer, unerchütterlich den alten Kurs festhaltend; ah, er war großartig! — Bei den Junggefellenen sprang man von nichts anderem, als von ihm; im Arbeiterverein hielt man Feste ab für ihn; man sang, trank, rief hurrah! auf ihn; Glück und Heil Johann

*) Das absolute Veto — das Recht des Königs, durch seine Nichtannahme eines Stortingbeschlusses diesen für immer ungültig zu machen. — Der Sieg Sverdrups ordnete den Streit so, daß der Beschluß des Storthings Gesetz wird, wenn eine Vorlage nach zweimaligem Voto ein drittes Mal vom Thing angenommen wird.

Sverdrup! er lebe, er siege! — Und am Tage des Sieges, da würde er auf dem höchsten Platze stehen, den die Nation zu vergeben hatte, ruhig wie ein Gott, die rein norwegische Flagge hoch geschwungen*), untoft vom Jubel des Volkes; und da würde er hinausdeuten nach der Zukunft und sagen: „Mitbürger, mein Lebenswerk ist vollbracht; aber dort führt der Weg! In dieser Richtung liegt der Freiheit verheißenes Land! Ich erreiche es nicht; meine Tage sind gezählt; aber ihr werdet es erreichen; haltet nur zusammen, haltet nur aus!“ Und ein millionenstimmiges Echo würde ihm antworten; Millionen von Herzen würden ihm entgegenpochen, und wie er an diesem Tage stand, segnend und stolz, mit Prophetenblick in unsere Zukunft schauend, so würde er unter uns stehen bleiben, für ewige Zeit, in Erz gegossen, und ewig grüne Kränze würden um den Sockel herum sich in den Lüften wiegen. —

Es war schrecklich, im Laden zu stehen und zu schweigen, wenn die prohigen Großbauern aus den fetten Norwegenden sich da ausbreiteten und Johann Sverdrup einen Schurken schalteten, ihn zur Hölle wünschten und den Teufel baten, ihn sich zu holen. Junior, der ein oder das andere über Fanny und den Arbeiterverein gehört haben mußte, plagte sie mit Fragen und Spöttelleien — hatte sie wirklich gesagt, sie wolle lieber Johann Sverdrups Geliebte als Deklar des Zweiten Königs sein? — Wenn der König umgebracht und die Republik eingeführt wäre, dann würde Fräulein Holmsen vermittlith

*) Die reine Flagge = die Flagge ohne Unionzeichen.

suchen. Der Lohn des ländlichen Arbeiters an Geld ist so gering, daß davon nur die nothwendigsten und billigsten Kleidungsstücke angeschafft werden können und die Naturallohnung ist so geringwertig, daß die Bedürfnisse des Magens mit den einfachsten und schlechtesten Speisen befriedigt werden müssen, von den Bedürfnissen des Gaumens ganz zu schweigen. Die Hauptnahrung bilden natürlich die Kartoffeln, die aber nicht etwa vom Herrn geliefert werden — der Arbeiter erhält ein Stück Land und hier kann er seine Kartoffeln setzen, hacken und graben, welche Arbeit aber nach Feierabend, d. h. wenn die Sonne untergegangen, und Sonntags besorgt werden muß. — Das Brotmehl erhalten sie sehr oft vermischt mit minderwertigem Mehl, so mit Hafer, Gerste und anderem Mehl. Füttert der Arbeiter ein oder zwei Ferkel, so geschieht es nur, um durch deren Verkauf seinem nicht ausreichenden Lohn etwas zulegen zu können, nur eins wird geschlachtet; dieses Schweinchen muß nun das ganze Jahr aushalten, die Mahlzeiten anzusetzen, — Fleisch kommt deshalb selten auf den Mittagstisch, der höchstens an den Feiertagen solches aufweist. Gewöhnlich dürfen die Leute sich auch eine Kuh halten, welche natürlich ihr Geld kostet. Sehr übel stehen die Leute da, wenn ihnen ihr Hauptvermögen, die Kuh, krepiert, was oft genug vorkommt, da sie ihres geringen Geldes wegen nur alte und schlecht genährte Thiere kaufen können. Das Gesagte gilt aber nur von solchen Insulanten, die gute und feste Stellen haben; — die Tagelöhner, welche zwar beim Herrn wohnen, aber nur theilweise bei ihm arbeiten — sie müssen sich verpflichten, in der Ernte nur für ihn zu schmarotzen — können sich das Füttern einer Kuh nicht leisten, da sie kein Futter erhalten und auch ihres unsicheren Arbeitsverdienstes wegen zu arm sind — höchstens ein Schweinchen zum Verkauf füttern sie an. Auf vielen Gütern mußten auch die Kühe abgeschafft werden, weil den Herrn das Futter zu kostspielig ist, und die Leute müssen sich eine Quantität Milch vom Herrnhofe holen. . .

Wie die Fabrikanten und Unternehmer ohne und mit Organisation gemeinsame Bestimmungen treffen, so auch die Großgrundbesitzer eines Bezirks, sie kommen eines Tages im Kasino der nächsten Stadt zusammen und beschließen — natürlich niemals Lohnzulage — das Abschaffen dieser und jener Vergünstigung, wie das Halten einer Kuh, oder sie verpflichten sich, den Leuten das Berensammeln im Walde zu verbieten, natürlich aus Humanität, denn beim Jagen könnten sie sehr leicht statt der Hasen und Fische die Beerenfammer anschleichen. . .

Das Menü des Landproletariats ist das denkbar einfachste; die Rezepte zu billigen Mittagstischen, welche nationalökonomische Schlaumeier den Arbeitern des öfteren dargeboten, sind wahrscheinlich von dort entnommen; — Morgens Suppe und Kartoffeln, Mittags Kartoffeln mit Fettknute und Suppe, Abends Kartoffeln und Suppe, zuweilen auch Hering — im Winter aber tunken die Leute mit zahlreicher Familie die Kartoffeln in Salz oder Heringsslake. . .

Die Wohnung, eine Stube, befindet sich gewöhnlich in einem alten Lehm- oder Holzhaus, sie ist gradezu abscheulich und ungesund, von den Wänden triefet das Wasser, sie haben eine schmutzige dunkle Farbe, weil sich der Dampf vom Kochherd, auf welchem das Essen, wie auch das Schweinefutter gekocht wird, daran setzt. — Die Fenster sind klein und niedrig, der Fußboden von festgestampftem Lehm, der es nicht verhindert, daß bei nassem Wetter die Stube voller Schmutz und Schlamm liegt. — Manche Dörfer bestehen noch ganz aus solchen alten Lehmhäusern, während in andern auch schon Ziegelhäuser gebaut sind; in diesen findet man Holzdielen und eine bessere Einrichtung — aber so rasch wird nicht gebaut, so lange die alte Hütte noch nicht umfällt oder einzusinken droht, wird sie auch bewohnt. Und welche Genüsse bietet das Leben des Landproletariats; vielleicht geht er des Sonntags Nachmittag (im Winter) nach dem Krug, wo er bei einer Pfeife selbstgebackenen Tabak, für 10—20 Pf. Schnaps trinkt, das einzige Genußmittel, das ihm die gnädigen Herren aber noch nicht gönnen, denn die Klagen über die Trunksucht der Arbeiter mußten als moralische Rechtfertigung der Branntweinsteuer herhalten, die den Branntwein so verteuert hat, daß heute auf dem Lande der schlechteste Fusel getrunken werden muß. . .

Die gedrückte Stellung des ländlichen Lohnarbeiters hat ihn mit dem Gefühl einer Rechtsunsicherheit erfüllt, daß ihn zu einem verschlossenen und mißtrauischen Menschen gemacht hat. . . Die Schwierigkeiten sind groß, wenn

er sich Recht verschaffen will; das Dienstverhältnis darf er nicht verlassen, will er sich nicht der Gefahr aussetzen, zu Haft verurtheilt und von der Polizei seinem Herrn wieder überwiesen zu werden; er müßte den selben verklagen und im Dienst bleiben, er müßte sich freie Zeit erwirken und was die Hauptsache ist, er müßte auch Geld haben, einen Prozeß führen zu können. Der Herr ist vielleicht selbst Schiedsrichter oder Amtmann des Bezirks — wenn es nun auch einen Weg giebt, diesen zu verklagen, so ist dem Arbeiter dieser Weg nicht bekannt und so kommt es, daß fast nie eine Klage von Leuten gegen den Herrn anhängig gemacht wird, er mag sie nun beleidigt, geschlagen oder betrogen haben — ein Gefühl von Rechtlosigkeit hat den Proletarier auf dem Lande erfaßt, ungefähr dasselbe Gefühl, welches den russischen Bauern sagen läßt: „Der Himmel ist hoch und der Herr ist weit.“ Das Mißtrauen gegen die großen Herren offenbart sich in ihren Sprichwörtern: „Mit großen Herren ist schlecht Rischen essen“ und „Eine Krähe haßt der anderen die Augen nicht aus.“ Hat er es wirklich gewagt, dem Herrn gegenüber sein Recht durchzusetzen, so sorgt sein Dienstbuch oder sein Schein schon dafür, daß er eine neue Stelle sobald nicht bekommt.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 16. Februar.

Die heutige Sitzung des Reichstags wurde durch den § 105 o noch vollständig ausgefüllt. Nachdem der Centrumsmann Orterer eine Jeremiade über die böse Sozialdemokratie vom Stapel gelassen, und der Handelsminister von Berlepsch sich ziemlich befriedigend im Sinne der Arbeiterforderungen ausgesprochen hatte, trat „König Stumm“ in der Rolle des Rohrenwäschers auf — und der Mohr, an welchem er mit Schwamm, Bürste, Seife und Bimsstein gewaltig herumarbeitete, das war — „König Stumm“. Der größte Arbeiterfreund auf Erden ist König Stumm; der lieblichste Mensch auf Erden ist König Stumm; der musterhafteste aller Mustermenschen und Musterfabrikanten der Erde ist König Stumm. Das ungefähr war der Inhalt der Rohrenwäscherrede.

Und keiner der Zuhörer, der nicht mit dem Dichter gedacht hätte:

„Die Botschaft hört' ich wohl,
Alein mir fehlt der Glaube!“

Der Volksparteiler Payer, in politischen Fragen ebenso tüchtig, wie in wirtschaftlichen unbenannt, wurde durch das Stumm'sche Hohelied auf die Fabrikanten im Allgemeinen und den Musterrfabrikanten im Besonderen, zu einem glühenden Lobgesang auf den Heiligen Manchester begeistert, in dem natürlich wir armen Sozialdemokraten schlecht wegkamen, so schlecht, daß der sächsische Oberstaatsanwalt Hartmann nicht umhin konnte, das Uebeld eines süddeutschen Demokraten zu belobigen. Gefasch ihm recht! Nebel, der hierauf das Wort erhielt, ging zunächst mit Hrn. Payer ins Gericht, der gegen die Sozialdemokratie u. A. den, in manchesterlichen Kreisen stereotypen Vorwurf erhoben hatte, die Sozialisten riefen nach Polizei, präfizirte nach allen Seiten hin den Standpunkt unserer Partei in der Arbeiterfrage und wies, in die Details eingehend, die Verwerflichkeit aller eine Abschwächung der Kontrolle bezweckenden Anträge nach.

Bemerkenswerth war noch die Rede des Centrumsmannes Stöckel, der sich ziemlich auf denselben Boden stellte, wie wir. Er verlangte, daß auch die kleineren Gewerbetreibenden zu Schutzmaßregeln angehalten werden sollten und meinte treffend, daß man uns sonst den umgekehrten Vorwurf des Sprichwortes machen könne, nach welchem die Kleinen Diebe gehängt, die Großen aber unbehelligt gelassen werden.

Schließlich wurde der Paragraph in der Kommissionsfassung mit zwei etwas abschwächenden Amendements des „Kartells“ angenommen. —

„Bekannter oder unbekannter Oberer einer geheimen Verbindung“ im Sinne der famosen §§ 128 und 129 — das schloß gerade noch, um das Maß der Lächerlichkeit voll zu machen, in welchem der Ex-Kanzler

des Deutschen Reichs den letzten Rest seines Ansehens und Rufes zu erlösen beflissen ist.

Betrachten wir uns einmal die beiden genannten Paragraphen, die uns so wohl im Gedächtnis sind. Sie lauten:

§ 128. Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekanntes Obere oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu 6 Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von einem Monat bis zu einem Jahre zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.

§ 129. Die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängnis bis zu 1 Jahr, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängnis von 3 Monaten bis zu 2 Jahren zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 1 bis zu 5 Jahren erkannt werden.

Es war wahrhaftig nicht nöthig, den problematischen „Geist“ des Herrn Lessendorff heraus zu beschwören — der erste beste Staatsanwalt, der je in einem der zahllosen Geheimbundsprozesse unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, sei es auch in der beschreibenden Rolle, mitgeholfen hat, würde es fertig bringen, den verflochtenen Reichskanzler nebst einem ganzen Rudel seiner Verbindungs-Genossen in den Maschen der beiden Geheimbunds-Paragraphe zu fangen, die für diesen Fall ausdrücklich gemacht zu sein scheinen.

Man hätte also gar nicht nöthig, den Anknüpfungsparagraphen gegen seinen eigenen Vater anzuwenden, was zwar einen komischen Beigeschmack haben, aber doch dem Betroffenen die unverdiente Ehre eines großen politischen Prozesses vor dem Reichsgericht erzeigen würde.

Das Wesentliche und Widerliche der Wählbarkeit des Ex-Kanzlers ist ja auch gerade, daß sie eine „geheim“ ist, daß sie das Licht scheut, und daß der Veranstalter und Leiter derselben seine Person im Dunkel zu halten sucht. Gätte er nach seinem Sturz sich offen gegen „seinen“ Kaiser erklärt, manhaft die von ihm bisher befolgte Politik gegen seine Nachfolger vertreten, und sich vor aller Welt als Haupt der Opposition bekannt, so würde man bei dem unbedingten Ehrgeiz und Temperament des Mannes dies ganz natürlich gefunden und den rebellischen „Basallen“, wenn nicht mit Sympathie, doch auch nicht mit Verachtung betrachtet haben. Anders jetzt, wo er aus feigem Hinterhalt die kostbarsten Ränke spinn, überall der Politik seines Nachfolgers Verlegenheiten und Feinde zu erwecken sucht, und nicht den Muth hat, die Maske der Anonymität abzulegen.

Wir sind die Letzten, die dem Ex-Kanzler die Ehre eines politischen Prozesses gönnen. Wenn aber einmal zugegriffen werden sollte, dann würde es dem Werthe des Mannes weit besser entsprechen, wenn man ihn mit einem simplen Geheimbundsprozess abfertigte.

Nach das wäre ein Stück Nemesis. Wie viele eheliche, pflichttreue Menschen hat er auf Grund dieser Paragraphe ins Gefängnis gebracht, bloß weil sie durch ein Ausnahmengesetz, das er seinem eigenen Gehändnis unerbittlich zu persönlich-politischen Zwecken gemacht hatte, sich nicht von der Ausübung ihrer Staatsbürgerrechte abhalten ließen.

Und beide Paragraphe treffen den vorliegenden Fall so gut, daß der Staatsanwalt sich gar nicht ins Zeug zu legen braucht. Alles einschließlich des „unbedingten Gehorsams“, welchen der Ex-Kanzler zu allen Zeiten geordert hat und den „seine Leute“ ihm zu allen Zeiten geleistet haben.

Und hat es jemals eine „notorische“ Thatsache gegeben, so ist es die, daß der erste Kanzler des Deutschen Reichs, seit er nicht mehr an der Spitze der Geschäfte steht, der „bekannte“, aber in Dunkel sich hüllende „Obere“ einer „Verbindung“ ist, welche alle Malfontenten und Reichsfeinde im Reich und außerhalb des Reichs umfaßt, und Maßregeln der Verwaltung und die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften“, und unzweifelhaft den Sturz der jetzigen Regierung herbeizuführen sucht. —

und brauen aus Petrolibom
„nen Toddy uns und euch!“)

Fanny geriet in solche Raserei, daß sie einen Thränenparoxysmus bekam; sie biß sich die Lippen blutig und meinte, sie müsse in Krämpfe verfallen; oh! oh!! Ich wollte, wir kriegen Revolution! Da könnte die Luft doch endlich von all' dieser Rohheit gereinigt werden! —

Der friedliche Alnaes, der erste Kommiss des Ladens, begleitete eines Abends Fanny nach Hause und sprach ernsthaft mit ihr. Er wollte sie bitten, sich ein wenig in Acht zu nehmen. Der alte Horen hatte vernommen, daß sie den Arbeiterverein besuche und er sah nicht gern, daß seine Untergebenen sich mit Politik befaßten. Er war ja ein guter Konservativer und . . . nun, Sie verstehen ja . . . Wohl war Horen selbst ein billiger Mann; allein die Kunden . . . sie würde es vielleicht gar nicht glauben; jedoch der Arbeiterverein war eine öffentliche Stelle; es war bekannt geworden, daß Horen's Ladenmannsellsch sich unter die radikalsten Damen dort drunten mische und mehrere von Horen's Kunden, alte Kunden, die er nicht vor den Kopf stoßen konnte noch wollte, hatten ihm zu verstehen gegeben, sie duldeten so etwas nicht; wenn er Personen dieses Schlages noch ferner in seinem Geschäfte stehen lasse, so wollten sie mit ihm nichts mehr zu schaffen haben. . .

„Lachen Sie nicht, Fräulein; was ich Ihnen sage, ist wahr; es herrscht hier eine politische Gährung, die zu furchtbar ist; und der Arbeiterverein . . . die Leute glauben, man arbeite dort für die Republik und die freie Liebe. . .“ — „Ha, ha, ha!“ — „Ja, ich weiß davon nichts; aber die Leute haben nun diese Meinung. . . Bitte, Fräulein, um Ihrer selbst willen — gehen Sie nicht mehr in den Arbeiterverein!“ — Fanny geriet in Empörung; sie wollte ihre Ueberzeugung nicht im Stiche lassen aus Rücksicht für das tägliche Brot; als Bürgerin eines freien Landes wollte sie das Recht haben, zu meinen, was ihr beliebte. . . „Entschuldigen Sie, Fräulein; es spricht Niemand von Ihrer Ueberzeugung; allein um des Geschäftes wegen sollten Sie jedenfalls diese „Ueberzeugung“ nicht so stark an den Tag. . .“ — „Habe

ich eine Ueberzeugung, so bekeme ich mich auch zu ihr! Sie glauben, Sie dürfen mir bieten, was sie wollen, weil ich nur ein wehrloses Weib bin; aber wenn Horen ein solcher . . . so ist, daß er mir wegen meiner Ueberzeugung die Stelle nimmt, so mag er es thun; ich kann ja nach Amerika gehen, denn ehe ich mich zwingen lasse, meine Ueberzeugung zu verleugnen, bringe ich mich selbst um! — „Ich glaube, Sie sollten sich bedenken, Fräulein,“ sprach Alnaes ruhig; „Sie stehen ja nicht allein; Sie haben eine Mutter; wenn Sie auf sich selbst nicht Rücksicht nehmen wollen, so . . . Aber natürlich hängt das ganz von Ihnen ab; mir dünkte nur, ich müsse Sie warnen; Sie nehmen mir das doch nicht übel? — Guten Abend, Fräulein!“ — Er ging; in nächsten Augenblick hörte er halb unterdrücktes Schluchzen. Er wandte sich zurück; Fanny stand mit dem Taschentuch vor dem Gesicht und weinte, daß ihr ganzer Körper erschütterte wurde. „Ich . . . werde nicht mehr den Arbeiterverein besuchen“, sagte sie. — „Das freut mich wirklich“, antwortete Alnaes. —

Später jedoch fühlte sie sich als eine Verrätherin und wagte nicht, sich in Dagmar Thyris Junggesellenabend zu zeigen. Auch Uchermann wies sie, so weit es sich thun ließ. Er sprach so höhnisch von all diesen Kleinbürgern, die mit den freimüthigen Sympathisanten, allein ihre Ueberzeugung aus elenden Geldrücksichten verborgen; das hielt sie nicht aus. „Gemeines, schäbiges Pack; feige, verdammte Krummbüdel. . . wollten Alle solche Rücksichten kennen, so würde ja gar nichts ausgerichtet. Ich z. B. der ich vom Unterrichte lebe, ich verliere natürlich eine ganze Menge Schüler, weil ich Benstremand bin; aber ich müßte mir selbst ins Gesicht spucken, wenn es mir einen Augenblick einfielle, an so etwas mich zu lehnen!“ — Uf; alle Menschen waren so vollkommen! —

Sie versuchte, ihr Selbstgefühl aufzurichten, indem sie bei Thorjeng fürchterlich radikal war. Sie stritt mit Thorjeng, daß die Funken stoben, predigte freimüthige Politik und Frauenemanzipation in einem Alheim, brachte Thorjeng zur Verzweiflung und Mama zur Raserei und befand sich wohl dabei, der Familie verlorenes Schaf zu sein. Aber es war unmöglich, den Polleinnehmer böse zu

machen; er war nur überlegen und zuwider. „Laßt die Weiber schwätzen, das ist mein Grundfatz; je mehr sie reden, desto weniger wird daraus“, sagte er und schnalzte über seinem Braten; — „ich meine die modernen Weiber, meine Damen!“ —

Im Sommer besaßen die Thorjeng'schen sich auf dem Lande; sie besaßen draußen, irgendwo auf einer Insel, eine Villa. Mama begleitete sie wie gewöhnlich; man bedurfte ihrer besonders jetzt, seitdem die kleine Prinzessin hinzu gekommen. Fanny blieb allein und die Einsamkeit war ungemüthlich. Es begleitete dieselbe eine Weingärtnerin, die sie nicht loskriegte; es war, als hätte sie etwas Verlehtes gethan und als sei jemand darüber mißvergnügt. Sie wurde mühselos, kraftlos, elend und verzagt. Alle Arten von Plagen erschienen auch schlimmer, nun, da sie allein war, — die Verstimmung und das Andere —, daß dieses Andere, das noch nicht vorbei war. . . Ja, es war vorbei, selbstverständlich war es vorbei; sie war ja ein erwachsenes Wesen, es war vorbei; — mit der Energie der Verzweiflung verleugnete sie es vor sich selbst, während der junge, reife Leib soanerte und bedte in seinen feberheißen Empfindungen. Es war abscheulich, grausam, demüthigend; es konnte sie peinigen, bis sie weinte, und ging oft in jene Anfälle von Verstimmung über, in welchen sie tagelang unglücklich herumschlich, sich von Gott und Menschen verlassen und verstoßen fühlte, elend und unmöglich, zu Thränen bereit, sobald ihr Jemand nur ein gutes Wort gömte. —

Eines Tages mußte sie Uchermann erklären, warum sie aus dem Arbeiterverein ausgeblieben war; da schalt er und versuchte den alten Horen und die Hunde von der Rechten so entsehdlich, daß sie fast Angst bekam. Sie selbst entschuldigte er; wenn man Eltern und verglichen hatte, so war man ja kein freier Mensch. Ja, die Familienverhältnisse. Wie viele Tausende von Menschen existirten nicht, die ihres Lebens Ziel niemals erreichten, die ihre tiefste Sehnsucht verleugnen, ihre heiligsten Interessen aufgeben mußten, weil sie auf einen idiotischen Vater oder auf eine Mutter Rücksicht zu nehmen hatten!

(Fortsetzung folgt.)

Es ist wirklich sehr schwer, die §§ 128 und 129 — von härteren abgehen — gegen den ehemaligen Erfinder und gegenwärtigen Händling aller Reichsfeinde nicht anzuwenden, und die Position des Ex-Reichskanzlers nicht bemitleidenswert lächerlich zu finden.

Uebrigens sind, wie wir schon andeuteten, eifrigste Kalkwasserfräse nach Friedrichsruh entsandt worden, und in Folge dessen haben die Konservativen, auf welche der Bund der Reichsfeinde rechnet, sich feierlich von jeder Gemeinschaft mit dem ehemaligen „Chef“ losgesagt. —

Unsere nationalliberalen Rechenbesitzer aus Rheinland-Westfalen werden durch ein Rundschreiben des Handelsministers gekürrert. Der Handelsminister behauptet in demselben, daß die patriotischen Rechenbesitzer nach dem Auslande um so viel billiger ihre Kohlen als nach dem Inlande liefern, daß der Bezug deutscher Kohlen aus dem Auslande sich billiger stellt als direkt von den Gruben. Dies ist der Segen der Kartelle! Und die Leute, welche derartig unsere nationale Wirtschaft schädigen, sie schreiben sich die Rehlen heiser über die Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie. Um die Gewinne dieser Leute zu sichern, werden jetzt Arbeiter in Ruhe, Gesetze im Reichstage durchgedrückt und wehrt man sich gegen jeden durchgreifenden Arbeiterschutz und dies alles nur deshalb, weil man in den Großunternehmen die Stützen unserer Ordnung sieht. Aber diese Stützen sind keine Stützen, ihnen liegt an der heutigen Ordnung nur deshalb etwas, weil sie hoffen, daß sie, durch dieselbe gestützt, in allen ihren Uebergriffen gegen die Arbeiter geschützt werden. Sie sind in ihrer Gewinnsucht internationaler als die internationalsten Sozialdemokraten, werden aber von unserer nationalen Regierung geschützt und gefördert, trotz aller volksfeindlichen Bestrebungen der Grubenbarone. —

Wochenlang hofften die gegnerischen Blätter aller Schattierungen von dem Marx'schen Programmbriefe leben zu können, da kam ihnen viel zu früh die Antwort unseres Blattes zu, und nun war es mit ihren Hoffnungen schnell aus. Da nun das freie Auge nicht mehr ausreicht, geht man mit der Lupe an das neuerliche Studium des Marx'schen Programmbriefes. Voran marschirt die „Nationalzeitung“, die Vertreterin der alterdschwachen, ihre Prinzipien schon aus langer Gewohnheit verrathenden Bourgeoisie, und sie glaubt wirklich etwas gefunden zu haben, womit sie uns bekämpfen kann. Es ist der Satz von der Diktatur des Proletariats. Sie will die betreffenden Worte von Marx gegen uns ausnützen. Sie sieht in der Diktatur des Proletariats das Endziel unserer Bewegung und beweist damit, daß sie ebenso wenig unsere Bestrebungen wie den Marx'schen Brief begriffen hat, denn das Ziel unserer Bewegung ist ein Zustand, wo es kein Proletariat, weil keinen Klassenunterschied mehr geben kann, wo die seit fast einem Jahrhundert in dem größten Theile Europas existierende Diktatur der Bourgeoisie abgeschafft werden wird. Was Marx meinte, ist nichts anderes, als daß ein Durchgangsstadium in die gemeinwirtschaftliche Gesellschaft die Diktatur des Proletariats sein würde. Dies geht aus der marxistischen Geschichtskonstruktion hervor, der man zustimmen kann oder nicht, der jedenfalls viele unserer Parteigenossen nicht beipflichten. Wir, die wir auf dem Boden der marxistischen Geschichtsauffassung im Wesentlichen stehen, glauben, daß ein solches Durchgangsstadium möglich ist, daß es aber nicht von uns, sondern von unseren Gegnern abhängen wird, ob diese Diktatur des Proletariats ein notwendiges Durchgangsstadium in die künftige Gesellschaftsordnung sein wird. Mehr als wir bestimmen unsere Gegner Form und Art der Umgestaltung unserer Wirtschaftsordnung. Verharren unsere Gegner auf dem Standpunkte der Stumm und Konfession, so wird die Diktatur des Proletariats unausbleiblich sein, erkennen die herrschenden Klassen die Nothwendigkeit, den Uebergang in die künftige Gesellschaftsordnung friedlich zu gestalten, so wird ihnen die Diktatur des Proletariats erspart werden. Aus der Geschichte der Revolutionen der Bourgeoisie könnte die „Nationalzeitung“ lernen, wie die Diktatur der aufstrebenden Klassen verhindert werden kann. Dort man aber die Vertreter der bürgerlichen Klassen in den Vertretungskörpern, liest man ihre Literatur, so kann man sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß auf die Bourgeoisie das Wort paßt, das man vor 75 Jahren auf das französische Königreich und den Feudaladel treffend angewandt: Sie haben nichts gelernt, nichts vergessen.

Gestern fand in Köln die angeblich zahlreich besuchte erste Generalversammlung des „Volkvereins für das katholische Deutschland“ statt. Es sprachen in derselben ein Fabrikbesitzer, ein Großgrundbesitzer, ein Universitätsprofessor, ein Rechtsanwält und ein Erzbischof. Dies allein charakterisiert den Klassencharakter dieser Gründung. Daß uns diese Herren aus ihrem ureigensten Klasseninteresse bekämpfen, sehen wir vollkommen ein; daß sie sich dabei so stellen, als ob sie dies im Interesse der katholischen Kirche thäten, ist eine der Geneselen, an die wir bei der Bourgeoisie seit langem gewöhnt sind. Nicht im Interesse der katholischen Kirche bekämpfen uns diese Herren, sondern die katholische Kirche bekämpft uns im Interesse der Bourgeoisie. Die armen Deutschen, welche die Generalversammlung veranstalteten, sind zu bedauern, sie haben nicht einen Renommirarbeiter aufgetrieben, der gegen uns gesprochen hätte. —

In der Republik wie in der Monarchie fählt sich, wenn wir von verschwindenden Ausnahmen absehen, die Weisheit als Organ der herrschenden Klassen. Dies geht aus folgender Notiz eines schweizer Blattes hervor:

Die Nachricht, daß der Bischof von Passau den ihm unterstellten Geistlichen verboten habe, die Kanzel zu predigen gegen die Sozialdemokratie zu benutzen, veranlaßt den Winterthurer „Landboten“ zu der Frage: wie es in diesem Punkte bei unserer protestantischen Geistlichkeit stehe. Die Antwort lautet: „Mit verhältnismäßig wenigen, aber darum um so zahlreicheren Ausnahmen bekämpfen orthodoxe wie Reformgeistliche so ziemlich jede Politik — die demokratische wie die sozialdemokratische —, die sich nicht mit dem Geibe der Großen berufen lassen.“ Man wird die Richtigkeit dieser Behauptung kaum in Abrede stellen können, aber vielleicht werden unterm Einfluß der allgewaltigen Zeit die Vertreter der Landeskirche unseres Freistaates auch noch einmal wenigstens annähernd so fortschrittlich und freisinnig wie der genannte Bischof in unserem monarchischen Nachbarlande! —

Zehntausend Mark kostet ein Schuh mit dem neuesten auf Artilleriewerkstätten in Havre (Frankreich) hergestellten Schuhe Canet! Welch großer Erfolg menschlicher Zer-

führungskunst! 500 Kilogramm kann man damit in wenig mehr als einer halben Minute auf eine Entfernung von Versailles nach Paris schießen. Sollen wir da nicht stolz sein im letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts zu leben! Welche Freude muß den modernen Kulturmenschen erfüllen, wenn er erfährt, daß die Uebungen mit einem solchen Geschütz im Frieden, wenn etwa 200 Schüsse damit abgefeuert werden, weit mehr kosten als die soziale Fürsorge eines mittleren Staates für die ökonomisch schlecht gestellten Klassen unserer Gesellschaft! —

Die belgische Association liberale hat gestern Abend beschloffen, sich mit allen Mitteln gegen die Vertagung der Verfassungsrevision bis zu den Kammerwahlen von 1892 zu stemmen. Sie erstrebt die Auflösung der Kammern vor dem Jahre 1892 und wird zur Erreichung dieses Zweckes am Ostermontag in Brüssel eine außerordentliche Kundgebung veranstalten, an welcher Theilzunehmen das ganze Land eingeladen werden soll. Von dem genannten Tage ab sollen an jedem Sonntag wenigstens hundert Versammlungen abgehalten werden, auf denen die Dringlichkeit der Verfassungsrevision betont werden soll.

Das neue italienische Ministerium scheint die Majorität der Kammer für sich zu haben. Hinter Crispi sollen nur noch 84 Abgeordnete stehen. So schwindet mit der Macht der Anhang. Während Bismarck als Junker jetzt seine Güter bewirtschaftet, zieht sich Crispi als Bourgeois auf sein Abpolitenbureau zurück. Sie unterscheiden sich aber in Einem. Crispi will weiter dem Parlamente angehören und bei geeigneter Zeit die Opposition führen, während der „große“ Bismarck nur anonyme Zeitungsartikel schreibt! —

Bei den heutigen Senatswahlen in Spanien wurden 130 Ministerielle, 19 Liberale, 7 Reformisten, 2 Demokraten, 2 Karlisten und 9 Republikaner gewählt. Die Resultate von 19 Wahlen sind noch nicht bekannt. Die Zahl der zu Wählenden beträgt 180. —

Die konstituierende Versammlung der Republik Brasilien hat den neuen Verfassungsentwurf mit einer größeren Anzahl von Aenderungen in zweiter Lesung angenommen. Wie verlautet, wird die Wahl des neuen Präsidenten der Republik in der nächsten Woche stattfinden. Als Kandidaten für die Präsidentenwahl werden vornehmlich Joussea und Moraes genannt. —

Versammlungen.

Konferenz der Bauhandwerker Berlins.

Die vom Löpfer Thiemer einberufene Delegirtenversammlung der Bauhandwerker Berlins trat am Sonntag, d. 15. d. M., im Gnadt'schen Lokale zu ihren Beratungen zusammen. Der Einberufer eröffnete dieselbe um 11 1/2 Uhr und gab nochmals die Motive zur Einberufung der Delegirtenversammlung bekannt, wie sie zum größten Theile in den betr. Aufzügen schon niedergelegt sind. Vertreten waren zu Beginn der Versammlung folgende Baugewerke: Maler, Maurer, Züher, Schlosser, Steinmehnen, Stuckateure, Töpfer, Zimmerer, Einseher und Steinscher waren ohne gewählte Delegirte vertreten. Die Vertreter dieser Gewerkschaften wurden von der Versammlung anerkannt und übernahmen dieselben die Verpflichtung, für die Beschlüsse der Konferenz in ihren Gewerkschaften einzutreten, widrigenfalls eine entgegenstehende Erklärung abzugeben. Die Hauptagende wurde folgende: Löpfer Thiemer, erster Vorsitzender, Zimmerer Lehmann, zweiter Vorsitzender, Töpfer Fellenhauer, Schriftführer. Eine Tagesordnung war nicht vorgesehen, eine solche hatte sich die Versammlung selber zu geben. Der Festsetzung derselben legte Maurer Bernau unter eingehender Motivirung derselben eine Resolution vor, die Organisationsfrage betreffend. Dieselbe lautet:

Die Konferenz der Delegirten der Bauhandwerker Berlins beschließt:

1. In Bezug auf die Organisation:
In Bezug auf die Form, die sich eine jede Gewerkschaft zu geben hat, ist Rücksicht zu nehmen auf die örtlichen und gewerkschaftlichen Verhältnisse derselben, und läßt sich eine für alle Verhältnisse verbindliche Regel nicht aufstellen. Jede Gewerkschaft hat an dem einzelnen Orte zu entscheiden, was für sie das zweckmäßigste ist. So wird auch die Einmischung von irgend welchen Kongressen, Konferenzen u. s. w. sowie einzelner Personen, die den Berliner Bauhandwerkern von außen bindende Vorschriften für die Form der Organisation, die sich die einzelnen Gewerke hier zu geben haben, vorschreiben wollen, mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

Jede Gewerkschaft der Berliner Bauhandwerker hat selbständig zu beschließen, was sie für sich für das Beste hält, und ist hier in Berlin jeder Bauhandwerker verpflichtet, sich den Beschlüssen, die von seiner Gewerkschaft gefaßt sind, zu fügen.

2. In Bezug auf Agitation:
Da besonders die Bauhandwerker in Berlin unter dem Juzug aus den weniger kultivierten Provinzen leiden, ist es eine unbedingte Nothwendigkeit, die kleinen Orte vorzugsweise aufzusuchen. Es soll deshalb mit allen für Berlin verfügbar zu machenden Mitteln eine Agitation eingeleitet werden, die sich auf die Orte und Provinzen erstreckt, aus welchen besonders der Juzug nach Berlin kommt. Streits in diesen Orten zur Verbesserung der dortigen Lohnverhältnisse sollen von den Berliner Bauhandwerkern in erster Linie nach Kräften unterstützt werden.

3. Streikunterstützung:
Mit Bezugnahme auf die vorstehende Resolution, daß in erster Linie die Ausstände in solchen Orten unterstützt werden, welche die niedrigsten Arbeitsbedingungen haben, erklären die Berliner Bauhandwerker sich mit allen deutschen Arbeitern solidarisch und werden alle Ausstände wie bisher unterstützen, so lange und so weit die Nothwendigkeit erwiesen ist und die Mittel ausreichen.

4. Bestrebungen für Berlin:

1. Es ist mit allen Kräften eine Einigung und ein Einverständnis mit allen Berliner Bauhandwerkern anzubahnen, damit dieselben befristet werden, ihnen allen gemeinsame Angelegenheiten mit dem gehdrigen Nachdruck zu vertreten.

Als solche gemeinsame Angelegenheiten gelten

a) Regelung des Arbeitsnachweises durch Errichtung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln, welche die Arbeiter beschützen soll vor unnützen, zeitraubenden Ausereien und Ausgaben für Anzeige und Kommissionäre.

b) Abschaffung gesundheitschädlicher Arbeitsarten, des Gebrauchs von offenem Koftheuer in Räumen, in welchen Bauarbeiter beschäftigt sind; der Arbeit für die beim innern Ausbau beschäftigten Handwerker und Arbeiter in Räumen ohne Fensterabschluss in der kalten Jahreszeit; Beschaffung von Baubuden, den Vorschriften der Sittlichkeit und Gesundheit entsprechend; Arbeitsanlagen für die Arbeiter während der Bauzeit und aller solcher Vorrichtungen und Einrichtungen, wodurch Gesundheit und Leben des Arbeiters geschützt wird.

c) Regelung von Lohn- und Arbeitszeit auf städtischen Bauten, Einführung des Regiebaues statt des Unternehmerbaues

bei allen Arbeiten, die diese Einrichtung irgend zulassen; Annahme und Ausübung der in Tagelohn beschäftigten Bauarbeiter bei städtischen und staatlichen Bauten durch die Bauverwaltungen selbst, nicht aber durch Zwischenbau-Unternehmer, welche die Arbeiter ausnützen und einen Theil des Lohnes derselben in ihre Tasche stecken.

d) Befreiung der Akkordarbeit in jeder Form und in allen Gewerben.

e) Gegenseitige Unterstützung der Bauhandwerker in Kämpfen für Abkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Als zu erstrebende Arbeitszeit für alle Bauarbeiter Berlins wird vorläufig die neunstündige Arbeitszeit festgehalten. Die Forderung wird den einzelnen Gewerkschaften festzustellen überlassen.

5. Ausführung dieses Beschlusses:

Jur Ausführung dieses Beschlusses wird ein Ausführungsausschuß, aus Neben Personen bestehend, eingesetzt.

Die Mitglieder dieses Ausschusses haben die Vollmacht, in den Grenzen des oben gefaßten Beschlusses alles zu thun, was ihnen erforderlich erscheint. Sie sind verantwortlich den allgemeinen Bauhandwerker-Versammlungen, die sie so oft als möglich und erforderlich, mindestens aber vierteljährlich einmal, einzuberufen haben.

Zu diesen Versammlungen haben die Angehörigen aller solcher im Baugewerbe thätigen Gewerkschaften Zutritt, die diesen Beschlüssen in öffentlichen Gewerkschaften ohne weiteren Zusatz oder Bedingungen angenommen haben. Eine Auflösung des Ausführungsausschlusses kann nur durch Beschluß aller Gewerkschaften erfolgen, die ihn eingesetzt oder nachträglich anerkannt haben.

Das Mandat des Ausführungsausschlusses lautet auf ein Jahr, wenn es ihm nicht durch eine öffentliche Versammlung aller Bauhandwerker, die den Ausschuß anerkannt haben, verlängert wird.

Mit Ablauf des Jahres hat der Ausführungsausschuß eine neue Delegirtenkonferenz einzuberufen, zu welcher jede Gewerkschaft, die den Ausschuß und diesen Beschluß anerkannt hat, einen Delegirten entsendet. Diese Delegirten setzen den neuen Ausschuß ein. Die abtretenden Mitglieder sind wieder wählbar.

In der Auswahl zum Ausführungsausschuß zu wählender Personen tritt keine Beschränkung irgend einer Art ein. Der Ausschuß kann sich nach seinem Ermessen durch Hinzuziehung geeigneter Personen ergänzen. Das hat auch zu geschehen, wenn einzelne Personen aus dem Ausschuß ausscheiden.

Der Ausschuß ist berechtigt

1. öffentliche Versammlungen sämtlicher Bauhandwerker oder einzelner Gruppen von Bauhandwerkern zu berufen;

2. die Einberufung von Versammlungen der einzelnen Gewerkschaften zu veranlassen;

3. Sammlungen von Geldern in geeigneter und gesetzlicher Form zu veranstalten;

4. über die so gesammelten Gelder zu verfügen zu den Zwecken, für die er eingesetzt ist. Besonders darf er darüber verfügen zu mündlicher und schriftlicher Agitation, zur Verbreitung von Flugblättern und anderen Druckschriften, zur Veranstaltung von Petitionen, Versammlungen, Demonstrationen und zur Streikunterstützung.

5. die Rechnungslegung erfolgt vierteljährlich öffentlich in öffentlichen Bauhandwerker-Versammlungen, die dann Revisoren zur Prüfung der Abrechnung zu ernennen haben;

6. wenn eine Gruppe Bauhandwerker Berlins in einen Ausstand eintreten will, so hat sie diese Absicht dem Ausführungsausschuß anzuzeigen. Derselbe hat seinen Rath zu ertheilen, nöthigenfalls eine öffentliche Versammlung in der Sache zu berufen und dann, wenn der Ausstand gebilligt wird, Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, um das Gelingen des Ausstandes zu erreichen. Er ist zur Einleitung schiedsrichterlicher Vergleichsverhandlungen berechtigt und verpflichtet.

Diese Beschlüsse werden vom gewählten Ausführungsausschuße in geeigneter Art unter die Bauhandwerker Berlins verbreitet. Derselbe hat dabei die Gewerkschaften und Arbeitsgruppen aufzufordern, sich mit diesen Beschlüssen in öffentlichen Versammlungen einzusetzen und zu erklären. Mit Vereinen irgend welcher Art tritt der Ausschuß in keinerlei Verbindung, weder durch Schriftwechsel noch durch Personenverkehr, weder in Berlin noch nach außerhalb.

Diese Vorlage wurde zur Debatte gestellt und es entspann sich zunächst ein eingehender Meinungsaustrausch über die Organisationsfrage, ob Lokal- oder Zentralorganisation. Die Maler, Zimmerer (Volter, Schönlich), Steinscher, Steinmehnen vertreten den Standpunkt der Zentralisation, während Maurer und Töpfer für Lokalorganisation sprachen. Mit verschiedenen Punkten der Resolution konnten sich verschiedene Redner ohne Weiteres einverstanden erklären, während andere Punkte Widerspruch erfuhren. So erklärte z. B. Schweitzer (Maler) die Schaffung einer Arbeitsbörse aus städtischen Mitteln für eine Utopie. Auch war die Meinung vorherrschend, daß die Resolution derartig weittragend und umfangreich sei, daß dieselbe unbedingt erst gedruckt vorliegen müsse, ehe man sich darüber schlüssig machen könne. Willarg (Züher), der später erkrankte, stellte einen diesbezüglichen Antrag, damit dieselbe in den einzelnen Gewerkschaften diskutiert werden könne. Bernau vertheidigte seine Resolution. Er verkannte nicht, daß durch Veröffentlichung derselben der Streit zwischen Hamburg und Berlin in schärferer Weise entbrennen würde. Doch sei dies unumgänglich. Von den Anhängern der Lokalorganisation werde immer gefordert, praktische Vorschläge zu machen. Solche seien in der Resolution niedergelegt. Würde er Anhänger für seine Resolution finden, so würde er sich Ebdenwegen zu verschaffen wissen. Lehmann erkannte die Resolution Bernau voll und ganz an, befristete aber den Antrag Willarg, die Resolution, welche in 200 Exemplaren gedruckt werden wird, in den einzelnen Gewerkschaften zu diskutieren und dann eine neue Konferenz einzuberufen. Willarg beantragte folgende Resolution:

Die heutige Konferenz der verschiedenen Baugewerke fordert die betreffenden zugehörigen Gewerkschaften auf, in nächster Zeit öffentliche Versammlungen ihrer Gewerkschaften einzuberufen und die heute vorgelegte Resolution Bernau überall auf die Tagesordnung zu setzen, um eine Klärung im Interessenskampf der verschiedenen Baugewerke zu schaffen. Gleichzeitig beschließt die heutige Konferenz, von heute über vier Wochen eine neue Konferenz einzuberufen. Hier können die verschiedenen Delegirten die Beschlüsse ihrer Gewerkschaften zur Geltung bringen, um dann schlüssig zu werden, welche Schritte in Zukunft die Bauhandwerker Berlins zu thun geben in Betreff der Form von Organisation, Art der Agitation nach außerhalb und Besserung der Verhältnisse in Baugewerbe.

Lehmann beantragte:

1. Daß die Resolution Bernau gedruckt und den einzelnen Gewerkschaften zur Begutachtung vorgelegt werde.

2. Die heutige Konferenz wird bis zum 8. März d. J. vertagt, um dann eventuell bindende Beschlüsse zu fassen.

Die versammelten Delegirten stimmten ohne Widerspruch der Resolution Willarg zu.

Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, die Aenderungsanträge zur Resolution Bernau seitens der öffentlichen einzelnen Gewerkschaftsversammlungen entgegenzunehmen und das Material gefaßt der nächsten Konferenz vorzuliegen. Ueber die Einberufung dieser erfolgt seiner Zeit nähere Bekanntmachung.

Vertreten waren außer den vorgenannten Gewerkschaften auch die Bau-Anschläger und Bau-Arbeiter.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Theater.

Dienstag, den 17. Februar.
Oberhaus. Diarne.
Schauspielhaus. Der Bibliothekar.
Kessing-Theater. Hedda Gabler.
Berliner Theater. Goldfische.
Deutsches Theater. Der Parrer von Kirchfeld.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Weisner Porzellan. Hierauf: Pariser Leben.
Wagner-Theater. Miß Helgett.
Kessing-Theater. Der selige Tompinel.
Viktoria-Theater. Die sieben Maden.
Sellkalliance-Theater. Pension Scholler.
Ostend-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Faustmann's Variétés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variétés. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Ufer.
 Dienstag, den 17. Februar,
 Abends 7 1/2 Uhr:

Große Vorstellung

mit neuem, vorzüglichem gewähltem Programm.
 Besonders hervorzuheben: Aufforderung zum Tanz, Ballet arrangiert vom Balletmeister A. Reibberg, gelangt vom gesammten Ballet-Peronal. Acht Rapphänge in Freiheit vorgeführt von Herrn Max Schumann. Hr. Etienne, Saltomortal-Reiter. Herr Tracheher Fuchshech in der hohen Schule ger. von Herrn Ernst. Miß Edith Adams als Jockey-Reiterin. Ringlet, engl. Volkblut-Springpferd, geritten von Frau. Adele Schumann. Hr. Royal, Jongleur zu Pferde. Romische Entrees sämtlicher Clowns.
 In beiden Vorstellungen

Circus unter Wasser.

Eine ländl. Hochzeit.
 Sensationelle Wasserphantomie.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm. Eine ländliche Hochzeit.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedersängerin.
Paul Jülich, Gesangs-Humorist.
Hr. Goswin, Musik. Regier-Clown.
Frl. Bonné, Kostüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duettisten.
Mons. Bernard, Schmelzzeichner.
 Anfang Hochtags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf. 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor H. Sanftleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Billards, 9 Regeldahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 F. Sadtke.

Passage-Panopticum.

Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.

Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Medizinal-Verein der Tabalarbeiter Berlins.

General-Versammlung
 Mittwoch, den 25. cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Zentner, Rängstr. 11.
 Tagesordnung:
 1. Rechnungslegung v. 4. Quartal 1890.
 2. Wahl des Vorstandes u. Ausschusses.
 3. Verschiedenes.
 195L
 Louis Dechand, Gasserstr. 15.

Bäckerei-Eröffnung.

Theile allen Genossen hierdurch mit, daß ich vom heutigen Tage die Bäckerei von R. Müller käuflich übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, für reelle und prompte Bedienung Sorge zu tragen.
 Bäckermstr.,
 Otto Krüger, Reichenbergerstr. 82.

G. Sozialdemokratin ist angekommen.

Adoll Hooks nebst Frau, Friedrichsherg.
 Unserem Freunde, dem Zeitungs-Expeditur Karl Schmidt genannt **Schwindel** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die „Volksblätter“ bei Schmargendorfer Polla tanzen. Karl, was grinst denn?
 523b
 C. H. A. M. O. M.

Am 18. Februar feiern die Karl Weichhardt'schen Eheleute, Koppenstr. 58 die silberne Hochzeit.
 528

Danksagung.

Für die überaus rege Theilnehmung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schankwirts

Gust. Kunze

sage Allen, insbesondere dem Personal der Sarg-Fabrik von Solon, der Tischlerei von Stegmüller und den Sehern des „Vorwärts“ meinen herzlichsten Dank.
 Die trauernde Wittwe
Martha Kunze
 nebst Kindern.

Danksagung.

Herzlichen Dank hiermit Allen, die sich bei der Beerdigung meines unvergesslichen Bruders **Carl** theilnehmig haben. Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
 525b
Frida Veit,
 als Schwester.

Bei Loewy, Dragonerstr. 14, legten die Former die Arbeit nieder, wegen Lohn-Reduzierung und schlechter Behandlung. Wir ersuchen den Zuzug fernzuhalten. 154

Achtung!

Klavierarbeiter und verwandte Berufsgenossen!

In der Pianoforte-Fabrik von **Wag & Co.** haben die Arbeiter wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen von **Fauer** haben sich solidarisch erklärt. Zuzug ist fern zu halten.
 188
 Die Kommission.
 NB.: Sammelstellen können jeden Abend bei Winger, Raunstr. 78; bei J. Meyer, Andreasstraße 12, und bei dem Beitragsammler für den Norden B. Neumann, Kaserstr. 133, 2. Hof, im Keller, empfangen und abgegeben werden.

Central-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. s. w.

Vertliche Verwaltungsstelle Berlin A.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Zahlstelle Wrangelstr. 109 verlegt ist. Dieselbe befindet sich von jetzt ab:
Wrangelstr. 32 bei Hoffmann.
 Dasselbst werden die Beiträge jeden Sonntagabend von 8-10 Uhr angenommen.
 300
 Die Ortsverwaltung.

Große öffentliche Versammlung

der
Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, chirurgischen Instrumentenmacher
 und der im Telegraphenbau beschäftigten Arbeiter
 am Dienstag, den 17. Februar 1891, Abends 8 Uhr,
 in Dolgmueller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
 Tagesordnung:
 1. Die wirtschaftlichen Krissen in der heutigen Produktion. Referent: Herr E. Wiedemann.
 2. Bericht vom Delegirtenrat der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern.
 3. Diskussion.
 4. Verschiedenes. 237
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Um rege Theilnehmung und pünktliches Erscheinen ersucht
 Der Einberufer.

Medizinal-Verein der Tabalarbeiter Berlins.

General-Versammlung
 Mittwoch, den 25. cr., Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Zentner, Rängstr. 11.
 Tagesordnung:
 1. Rechnungslegung v. 4. Quartal 1890.
 2. Wahl des Vorstandes u. Ausschusses.
 3. Verschiedenes.
 195L
 Louis Dechand, Gasserstr. 15.

Bäckerei-Eröffnung.

Theile allen Genossen hierdurch mit, daß ich vom heutigen Tage die Bäckerei von R. Müller käuflich übernommen habe. Es wird mein Bestreben sein, für reelle und prompte Bedienung Sorge zu tragen.
 Bäckermstr.,
 Otto Krüger, Reichenbergerstr. 82.

Metallbisten

von 477b
Lassalle, Marx u. A.
 in sauberer Ausführung, 11 Zoll hoch, sind zu haben bei **Otto Goepel,** Eisenur, Josephstr. 9.

Im G. Schmetsky'schen Verlag in Halle (Saale) ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:
Sozialrevolution
 52M
 oder
Sozialreform?

Von Julius Werner,
 Pfarrer in Hohenthurm bei Halle a. S.
 Preis M. 1.—.

Den besten bayerischen Schmalzler

aus ächtem Prästtabak, sowie ihre rühmlichst bekannten
Rauch-, Kan- u. Schnupf-Tabaksorten
 empfehlen 194L
Schwarz & Co.
 Tabak-Fabrik, Nürnberg.
 Marienvorstadt,
 4. Gleisbühnstrasse 4.
 Versandt von Schmalzler von 7 Pfd. an franco.

Teppiche

mit keinen Minderfehlern 5, 6, 8, 10, 50 nur wegen kaum merkbaren Fehlern so billig.
Sophabezüge,
 Reihe von 3 1/2-8 m. in Plüsch, Plüschstoff, Damast und Nips spottbillig. Versand streng reell, gegen Nachnahme.
S. Ungor, Berlin S. Oranienstr. 48, 68 L. Teppich- u. Möbelstoff-Fabrik.

Nohtabak A. Goldschmidt,

Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt scharf brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Nohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt. [746]

Jede Uhr

unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Raunstr. 38, n. d. Oranienplatz.

Im Tuchgeschäft jetzt Oranienstr. 126, I.

Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc.
 Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen. 90L

Sophabezüge!

Reihe in Nips, Damast, Granit, Plüsch und bunten Stoffen spottbillig.
Emil Ledvre, Oranienstr. 158.
 Proben franko! [84J]

Zur Einsegnung

36 Schwarze Cashemire 156 gestreifte und gemusterte Stoffe zu billigen Preisen.
P. Kochmann, Alte Jakobstr. 86.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozeß. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt Raupachstr. 7, I. Auch Sonntags.

Möbel, Spiegel und

eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstraße 28, Hof parterre.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Achtung!

Die zu heute, Dienstag, den 17. d. Mts., anberaumte Volks-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain findet Umstände halber **nicht** statt, sondern am Freitag, den 20. d. Mts., in demselben Lokal und mit derselben Tagesordnung. Wir ersuchen die Genossen, so zahlreich wie möglich zu erscheinen.
Die Lokalkommission. J. A.: H. David, Tauffherstr. 51.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr:
Versammlung 837
 im gr. Saale der Viktoria-Brauerei, Lützowstr. III/III.2.
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die Stellung der Sozialdemokratie zur Gewerbe-Ordnungs-Novelle. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragen. Gäste haben Zutritt. — In dieser Versammlung werden die neuen Statuten ausgegeben. Diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen restituiren, werden ersucht dieselben in der Versammlung resp. in den Zahlstellen auszugleichen.
Der Vorstand.

Große Versammlung

Arbeiter-Bildungs-Schule

am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr,
 bei **Joßl,** Andreas-Straße 21.
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn **Wilhelm Blos:** „Maximilian Robespierre als Mensch und als Staatsmann.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Die Mitgliedskarte legitimirt. — Gäste zahlen 20 Pf. Eintritt. — Die Aufnahme neuer Mitglieder (Monatsbeitrag 25 Pf.) erfolgt am Eingang zum Saal sowie an den Zahlstellen. Pünktliches Erscheinen ist erforderlich.
 103
Der Vorstand. J. A.: E. Vogtherr, 1. Vorsitzender.

Zahlstellen:

- | | | | |
|--|---|---|--|
| C.
Kuhlmay, Rosenstr. 30.
Vogtherr, Landsbergerstr. 64. | M.
Abraham, Straßburgerstr. 5.
Gleisner, Müllerstr. 174.
Gnaat, Brunnenstr. 38.
Hasenclover, Chausseestr. 49/50.
Kleinau, Gartenstr. 171.
Lehmann, Brunnenstr. 83.
Nürnberg, Schönbauer Allee 23.
Schmidt, Treckowstr. 24.
Thierbach, Schwedterstr. 44. | SO.
Kehr, Köpnickstr. 128.
Schmidt, Brangelstr. 141.
Schulz, Admiralstr. 40a.
Ulrich, Brangelstr. 84.
Tutzauer, Köpnickstr. 25.
Zubell, Raunstr. 88. | SW.
Schönfeld, Mariendorferstr. 10
Wilschke, Junferstr. 1.
" Rabgadschstr. 1. |
| NO.
Gumpel, Barnimstr. 42. | NW.
Vogtherr, Stephanstr. 16.
Voss, Birkenstr. 59. | S.
Bangk, Soeffstr. 12.
Börner, Ritterstr. 108.
Gründel, Dresdenstr. 116. | O.
A. Böhl, Rüdersdorferstr. 8.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Helzdorf, Bangestr. 70.
Höhne, Eldonaerstr. 2.
Jasinger, Krautstr. 11.
Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
Tempel, Dresdenerstr. 27. |
- Friedrichsberg.**
 Lippe, Friedrich Karlstr. 11.

Achtung! Vergolder! Achtung!

Große öffentliche Versammlung der Vergolder, Vergolderinnen u. Berufsgenossen

am Donnerstag, den 19. Februar, Abends 8 Uhr,
 in den „Central-Festsälen“, Oranien-Straße Nr. 180.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Streik-Komitees. 2. Beschluß der Fabrikantenvereinigung. Referent: Kollege **Fries.** 3. Verschiedenes. 328
 Der Wichtigkeit wegen darf kein Vergolder, Vergolderin und Berufsgenosse fehlen. Die Gewerkschaften werden ersucht Vertreter in die Versammlung zu senden.
Das Streik-Komitee.

Fachverein sämtl. in Glacée- u. Kartonpapier-Fabriken beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Mittwoch, 18. d. M., Abends 8 Uhr, in Schaeffer's Salon, Zusestr. 10:
Außerord. General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **R. Kunkel** über Bellamy's „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.“ 2. Ist der Antrag, welcher in der ersten General-Versammlung gestellt wurde, aufrecht zu erhalten? 3. Besprechung über § 1 des Vereinsstatuts. 4. Wie stellen sich die Mitglieder zur Gründung eines Streik- und Unterstützungsfonds? 5. Verschiedenes und Fragekasten. 155
 Das Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Achtung!

Freie eingeschr. Hilfskassen Bisdorfs.

Versammlung
 sämtlicher Mitglieder obiger Kassen, insbesondere der Verwaltungsbeamten
 am Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
 im Lokale des Herrn **Kummer,** Berlinerstraße Nr. 136.
 Tagesordnung:
 1. Kergte- und Apothekefrage eont. Anschluß an die Berliner Vereinarbeitung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 526

Arbeiterverein für Johannisthal u. Umgeg.

1. Stiftungs-Fest
 am Sonnabend, den 21. Februar in der „Dornsta-Brauerei“ zu Niederschönweide. 581 b
Festrede, gehalten von Herrn **Wilhelm Werner.**
 Arbeiter-Gesangsvereine, welche zur Erhöhung der Feier mit beitragen wollen, haben freien Zutritt (event. auch Vergütung). Die Berliner Genossen werden ersucht an unserer Festlichkeit theilzunehmen.
Das Komitee.

Die Kommunalwahl im 21. Bezirk.

Bei der gestrigen Wahl erhielten:
Der sozialdemokratische Kandidat, Schuhmacher-Meister **Mehner**, 409 Stimmen.
Der freisinnige Kandidat, Bezirksvorsteher **Frick**, 1069 St.
Der antisemitische Kandidat, Webermeister **Wiß**, 38 St.
Frick ist somit gewählt.
Im Jahre 1885 (November) stellten sich die Zahlen folgendermaßen:
Herzfeldt (Soz.) 118, **Grabé** 584, **Antisemit** 136 St.
Es beteiligten sich 32 pCt. der Wähler an der Wahlhandlung.
Vor fünf Jahren bei der Hauptwahl erschienen nur 22 pCt.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

67. Sitzung vom 16. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von **Böttcher**, von **Berlepsch**.

Eingegangen sind der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für das Jahr 1890 und das internationale Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich-Ungarn, zugleich für Dänemark, Rußland und der Schweiz, betreffend den Eisenbahn-Frachtverkehr.

Darauf wird die Verhandlung über die Ausnahmebestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe (§ 105b der Gewerbe-Ordnung) fortgesetzt. Es sollen nach dem Vorschlage der Kommission die bezüglichen Vorschriften keine Anwendung finden: 1. auf Arbeiten zur Befreiung eines Notstandes, zur Abwendung einer Gefahr oder in öffentlichem Interesse; 1a. für einen Sonntag auf Arbeiten zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur; 2. auf die Bewachung der Betriebsanlagen, auf Arbeiten zur Reinigung und Instandhaltung, resp. zur vollen Wiederaufnahme des vollen werktätigen Betriebes; 3. auf Arbeiten zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mählens von Arbeitsergüssen, endlich 4. auf die Beaufsichtigung des Betriebes für die hiernach zulässigen Sonntagsarbeiten. Die hierdurch betroffenen Gewerbetreibenden haben ein Verzeichnis anzulegen, aus welchem für jeden einzelnen Sonn- oder Feiertag die Zahl der beschäftigten Arbeiter über Art und Dauer der Beschäftigung ersichtlich ist. Das Verzeichnis ist der Orts-Polizeibehörde auf Erfordern auch dem Aufstellungsbeamten der Polizeibehörde jeder Zeit vorzulegen. Bei Arbeiten, welche unter Ziffer 2 und 3 fallen, sollen die Arbeiter, sofern die Arbeiten länger als 3 Stunden dauern, entweder jeden dritten Sonntag 36 oder jeden zweiten Sonntag 12 Stunden (von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends) frei haben. Zu diesen Kommissionsbeschlüssen liegen folgende Amendements vor:

1. **Kuer** und **Genossen** (Soz.) wollen in der Schlussbestimmung die Ruhezeiten an jedem zweiten Sonntag auf 24 Stunden bemessen, und zwar soll sie spätestens bis 6 Uhr Morgens beginnen.

2. **Guttfleisch**, **Hartmann**, **Letocha**, **Müller** und **v. Stumm** wollen das Wort „werktätigen“ verwandeln in „werktätigen“.

3. Diefelben Abgeordneten ohne den Abg. **Guttfleisch** wollen dem § 105b folgenden Absatz hinzufügen:

Ausnahmen von den Schlussbestimmungen des § 105b darf die untere Verwaltungsbehörde gestatten, wenn die Arbeiter an Besuche des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an Stelle des Sonntags eine 24stündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird.

4. Die Volkspartei (**Hähle** und **Genossen**) will die Bestimmungen wegen des Verzeichnisses streichen. Abg. **Webel** dagegen will eine Verpflichtung für die Arbeitgeber einführen, wonach das Verzeichnis am Schlusse jedes Monats dem betreffenden Aufstellungsbeamten in Abschrift mitzuteilen ist.

Endlich soll 5. nach einem Antrage **Wichdler**, **Wiel**, **Ottner** die Bestimmung, betreffend die längeren Ruhezeiten, nicht nur dann gelten, wenn die betreffenden Arbeiter länger als drei Stunden dauern, sondern wenn sie die Arbeiter nach dem Besuche des Gottesdienstes hindern. Die Verpflichtung zur Anlegung eines Verzeichnisses soll nur den Inhabern der als Fabriken im Sinne der Gewerbe-Ordnung geltenden größeren Betriebe obliegen.

Abg. **Ottner** (3.) empfiehlt diese beiden letzteren Anträge und wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag, welcher die Verpflichtung der Gewerbetreibenden bezüglich des Verzeichnisses ganz allgemein noch weiter ausdehnen will. Man müsse hier große und kleine Betriebe theilen; was die großen Betriebe nicht ausführen könnten, würde die kleinen und kleinsten ganz unverhältnismäßig belästigen. Vielleicht ließe sich die Sache auch dadurch zweckmäßig ordnen, daß man den Polizeibehörden die Ermächtigung gäbe, kleinere Betriebe von der Befolgung dieser Vorschrift zu dispensieren. Die Ausführungen des Abg. **Payer** vom Sonnabend seien in dieser Beziehung geordnet nicht bloß sehr vortrefflich, sondern auch sehr vollständig nicht bloß sehr vortrefflich, sondern auch sehr vollständig gewesen. Herr **Webel** aber scheine die Verhältnisse doch zu wenig zu kennen, sonst müßte er einsehen, zu welcher Vielfacherei und unerbürdlichen Belästigungen sein Vorschlag führen müsse. Von ihm erhobene Belästigungen sein Vorschlag führen müsse. Von ihm erhobene Belästigungen sein Vorschlag führen müsse.

Handelsminister **v. Berlepsch**: Es ist ja ganz begreiflich, daß Herr **Payer** die Zustimmung aller Derer gefunden hat, welche kein unbilliges Schreibwerk wollen. Aber darum handelt es sich hier nicht. Die prinzipielle Frage ist die: Ist für § 105a eine Kontrolle nötig oder nicht? Und ich halte sie für nötig, soll nicht ein harter Einbruch in das Prinzip des ganzen Gesetzes geschehen. Wenn Sie sie streichen, so verweisen Sie die hier gegebenen Befugnisse zu Ausnahmen ungewisslich in das Gebiet der polizeilichen Genehmigung, was doch gewiß vielfach noch viel weniger erwünscht erscheinen würde. Die Bestimmungen des § 105a sind so gefasst, daß sie eine weitere oder engere Auslegung gestatten; wird hier nicht durch eine wirkliche Kontrolle für die zweckentsprechende Ausführung des Gesetzes gesorgt, so möchte von der Sonntagsruhe, die von allen Seiten bekräftigt wird, nicht viel übrig bleiben. Der Arbeiter wird nicht der beste Kontrolleur sein, wie Herr **Payer** gemeint hat; ihm fehlt selbst bei dem guten Willen, die Anzeige zu erstatten, doch vielfach die Klarheit darüber, ob es sich um eine notwendige und unaufschiebbare Arbeit gehandelt hat. Auch ist die Befolgung sicher nicht so groß, wie es annehmend befürchtet wird. Kommt polizeiliche Genehmigung in Frage, so wird praktisch damit eine hundertfache Belästigung für den Handwerker oder den kleinen Gewerbe-

treibenden herbeigeführt. Auch den Antrag **Wichdler**, die Vorschrift auf die Fabriken zu beschränken, kann ich nicht empfehlen. Die Neigung zu Ueberretungen ist im großen Betriebe nicht mehr, sondern weniger vorhanden, wie in kleinen (sehr richtig! links); es kommt hier ja auch eine große Zahl von Fabriken in Frage, die weniger als 20 Arbeiter beschäftigen. Die Ausnahmebefugnis des Bundesrats erstreckt sich auch auf Brauereien. Was die Lage der Bäcker betrifft, über deren Lage Herr **Webel** am Sonnabend längere Ausführungen gemacht hat, so werden die Ausnahmen von der Sonntagsruhe für diese Klasse nach § 105b von der oberen Verwaltungsbehörde festgesetzt. Dieselben könnten sehr wohl dazu gelangen, das Baden in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag zu verbieten, wie es in vielen Städten schon jetzt nicht mehr statifindet. Das frische Sonntags-Morgenbrot ist ja eine sehr angenehme Sache, aber der größere Theil unserer Bevölkerung, die des platten Landes, entbehrt es heute schon gänzlich. Ueber die Verhältnisse der Bäckerlehrlinge und -Gesellen habe ich schon in der Kommission mich ausgesprochen und deren Reformbedürftigkeit anerkannt. Aber auch das gegenwärtige Gesetz bringt in seinen späteren Bestimmungen schon zahlreiche Erleichterungen für diese Kategorie, von denen Herr **Webel** immerhin in anerkennender Weise hätte Notiz nehmen können.

Abg. **Guttfleisch**: Ich habe den zweiten fogen. Kompromissantrag nicht mitunterschieden, weil ich einmal kein Freund von Ausnahmen bin und weil ich durchaus will, daß dem Arbeiter wenigstens der dritte Sonntag unter allen Umständen freigelassen werden soll. Auch haben wir für die Übung des zu gestattenden Ausnahmerechts seitens der unteren Verwaltungsbehörde keinerlei Anhalt. Mir scheint die Einführung des Ausschusses der Ruhe an einem Wochentage ohnehin äußerst bedenklich, und ich wundere mich, daß das Zentrum einer solchen Ausnahme jetzt plötzlich zustimmen will. Ueberdies hat schon Herr **Webel** am Sonnabend geltend gemacht, daß dieser § 105b keine Bedeutung erst gewinnt durch die weiteren §§ 105 d und e. Hier werden auch diejenigen Arbeiten, welche ihrer Natur nach Unterbrechungen oder Ausschub nicht gestatten, sowie Saisonarbeiten von den Bestimmungen des § 105b bedingungsweise ausgenommen. Auf alle diese Betriebe würden dann auch die Ausnahmebestimmungen zutreffen, welche der Antrag **Hartmann** vorschlägt. Gegen den der Volkspartei muß ich mich ebenfalls ganz entschieden aussprechen. Eine Kontrolle über die Ausnahmen kann absolut nicht entbehrt werden.

Abg. **v. Stumm** erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag der Volkspartei. Von einer Vielfacherei in dem Umfange, wie sie hier als Schreckbild von Herrn **Payer** dargestellt sei, könne nicht entfernt die Rede sein. Die Arbeit sei ja für größere Betriebe auch eine größere, aber ohne derartige Listen sei eine Kontrolle unmöglich. Auch im Interesse der Arbeitgeber, welche für Konventionen verantwortlich seien, liege es, der bezüglichen Vorschrift zuzustimmen; jede andere Kontrolle würde das Vielfache der gefährdeten Belästigung mit sich führen. Den Antrag **Webel** muß ich ablehnen, nicht bloß weil er schablonenhaft Organisations des Gewerbes von Staats wegen vorarbeiten würde, die nach den Wünschen der Herren Sozialdemokraten in dem Reichsarbeitsamt gipfeln soll, sondern weil er eine wirkliche Kontrolle geradezu unmöglich macht. Revidirt der Fabrikinspektor selbst so kann er sofort an Ort und Stelle selbst die Angaben des Verzeichnisses mit den Thatfachen vergleichen; was aber soll es nützen, wenn die in der Abschrift eingereichten Listen am grünen Tische durchgesehen werden? Ich bitte Sie, alle diese Anträge abzulehnen und nur den Antrag **Wichdler** und die von mir mitunterschiedenen anzunehmen.

Abg. **Wahl** (noll.) tritt den Ausführungen des Abg. **Guttfleisch** entgegen. Was in dem Antrage **Hartmann** vorgeschlagen sei, widerspreche durchaus nicht der sonstigen Tendenz des Gesetzes. Man brauche doch nur an das gesammte Verkehrsgerwebe zu erinnern, welches ausdrücklich von den Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen sei.

Abg. **Payer** (Volksp.) erklärt, durch die gegen seinen Antrag gemachten Einwendungen nicht von dessen Untauglichkeit überzeugt worden zu sein. Er könne auch nicht glauben, daß das Fallenlassen eines Verzeichnisses sofort die polizeiliche Genehmigung erforderlich mache. Außerdem verweise man auf Seiten der Gegner seines Antrages vollständig, daß das Gesetz sehr harte Strafbestimmungen enthalte, die doch unter allen Umständen bestehen bleiben. Nach Herrn **Webel's** Kasschem Zeugnisse nähden die von der Regierung vorgeschlagenen Kontrollmaßregeln ohne die von ihm vorgeschlagenen Erweiterungen absolut nicht. Vor allem sei es nicht mit der angeblichen Kürze und Einfachheit dieses Schreibwerks, besonders wenn aus den Listen ersehen werden solle, ob jeder der betreffenden Arbeiter auch seinen periodischen Sonntag gehabt hat. Die Sozialdemokraten würden mit ihrem Unterschiebe zwischen Polizei und Polizei kein Glück haben, wenn ihnen die Einmischung der behördlichen Organe nicht passe, sprächen sie von Polizei, wenn sie sie wünschten, rebeten sie von „Aufsichtsbehörde“ (Heiterkeit). Die Volkspartei sei gegen jede Einmischung der Polizei; daß sie der prinzipielle Unterschied zwischen ihr und der äußersten Linken. Gewiß habe auch die Volkspartei den Arbeiterchutz auf ihrem Programm, der schon auf der Tagesordnung stand, bevor es noch Sozialdemokraten gab. „Ich spreche aus Ueberzeugung für unseren Antrag, ich bin kein Unternehmer; mich können Sie expropriieren, meine Sachen können Sie zu den Soziald. gewandt haben.“ (Große Heiterkeit.) Gewiß sieht auch der Normalarbeitstag auf dem Programm der Volkspartei; aber 1882 ist beschlossen worden, diese Forderung als eine solche zu bezeichnen, welche international zu verwirklichen ist. Wir haben alle den guten Willen, an diesem Werke mitzuarbeiten, und wir stehen, so gut wie die Herren Sozialdemokraten, auf dem Standpunkt unserer Ueberzeugung, den wir ohne Rücksicht auf Dank und Lohn von irgend einer Seite unbeirrt festhalten.

Abg. **Hartmann** (Mon.): Die Rede des Abg. **Payer** vom Sonnabend war zwar eine sehr hübsche Humoreske, deren Wirkung auch sonst ganz feste Männer fast zum Wanken gebracht hat; aber Recht hat er darum doch nicht. Eine Kontrolle für die nach diesem Paragraphen gestatteten vielfachen und komplizierten Ausnahmen muß notwendig da sein; das gibt auch Herr **Payer** zu; dann muß aber auch der Behörde die Ausübung dieser Kontrolle ermöglicht werden. Mit dem Verweise auf die Strafbestimmungen ist nichts gewonnen, wo kein Kläger, ist auch kein Richter. Das Schreibwerk könnte sehr erleichtert werden durch die Einführung von obrigkeitlich genehmigten Formularen. Ich glaube auch noch nicht, daß es absolut unmöglich sein wird, die Namen der Arbeiter in das Verzeichnis aufzunehmen. Jedemfalls wird es für den Handwerkermeister viel umständlicher, zeitraubender und kostspieliger sein, jedesmal erst eine persönliche Anmeldung bei der Polizei zu machen und deren Genehmigung einzuholen; auch würde dabei ein Schreibwerk nicht gerade geipart werden. Der Antrag **Webel** scheint auch mir zu weit zu gehen; Herr **Webel** hat sich wohl die Konsequenzen desselben nicht ganz vergegenwärtigt.

Abg. **Webel**: Der Beifall, den die Rede des Abg. **Payer** gehabt hat, zeigt mir, daß er richtig die Unternehmerklasse vertritt, nicht aber die Interessen der Allgemeinheit. Allerdings vertreten wir die einseitigen Interessen eines bestimmten Standes, der Arbeiterklasse. Bisher sind diese vernachlässigt worden, weil die Arbeiter eine rechtlose Klasse innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung bildeten. Gerade deshalb

ist die Sozialdemokratie entstanden als ein politischer Ausdruck jener Interessen. Wir bekämpfen die bestehende Gesellschaftsordnung, während der Abg. **Payer** sie verteidigt. Wollen Sie wirklich eine Sonntagsruhe, so können Sie unseren Antrag nicht ablehnen. Wie ein Jurist behaupten kann, daß Strafbestimmungen an Stelle der Kontrolle treten können, ist mir schwer verständlich. Logisch könnte dieselbe Ansicht auch auf das Strafgesetzbuch angewendet werden, und dieses würde dann vollständig die Gerichte und den Staatsanwalt ersetzen können. Die Ausführungen des Abg. **Payer** zeigen mir nur seinen Bourgeoisstandpunkt. Einen Normalarbeitstag nur unter der Bedingung internationaler Regelung einführen zu wollen, ist ein Rückschritt in der Partei des Herrn **Payer** und zeigt, daß mehr und mehr die Bourgeoisinteressen zum Ausdruck kommen. Mehr und mehr haben die Unternehmerklassen politische Interessen preisgegeben, um ihre sozialen zu retten. Wenn hier Ausnahmen von der Sonntagsruhe für gewisse Kategorien von Arbeiten gemacht werden, so ist eine Kontrolle unerlässlich. Das macht den Staat aber durchaus noch nicht zu einem Zuchthaus. Wenn das, was die Sozialdemokratie will, wirklich ein allgemeines Zuchthaus oder Gefängnis wäre, ein Zustand der allgemeinen Unfreiheit, so würde die Gesellschaft wahrscheinlich nicht dreimal 24 Stunden einen solchen Zustand aufrecht erhalten wollen. (Sehr richtig! Große Heiterkeit.) Wir nehmen Ihnen die Vertretung Ihrer Interessen durchaus nicht ab. Wir können uns aber über gewisse Maßregeln auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung, also auch über die vorliegende, noch verständigen. Sie haben sich 20 Jahre lang gegen ein solches Gesetz gekämpft und treten jetzt voll dafür ein, insofern der zunehmenden Macht der Sozialdemokratie. Daß die in der Vorlage vorgeschlagene Kontrolle durchaus ungenügend ist, hat Niemand zu widerlegen vermocht. Bei der gegenwärtigen Organisation des Fabrikinspektors werden die meisten Beamten erst nach Jahren in den betreffenden Bezirk kommen können, und das ganze Verzeichnis ist ganz unvollständig. Die Gemeindebehörden sind nicht fachverständig genug, um entscheiden zu können. Der von mir vorgeschlagene Weg wird allerdings eine große Belastung der Unternehmer enthalten, aber er ist wirksam. Die Einführung eines Arbeitsamtes würde allerdings das beste Mittel sein. Dieses würde ein Verzeichnis aufstellen, das die Befugnisse der Unternehmer wie der Arbeiter fachverständig regeln könnte. Die unteren Verwaltungsbehörden könnten hier nichts Wirksames ausrichten, was sich nach Einführung des Gesetzes zeigen wird. Ich halte also meinen Antrag voll und ganz aufrecht. Auf das Alexanderentscheidende muß ich mich gegen den Antrag **Hartmann-Letocha** und **Genossen** erklären. Die Bestimmungen des § 105 c reichen für den in Aussicht genommenen Zweck vollkommen aus, und es ist nicht notwendig, weitere Ausnahmen zu machen. Die unteren Verwaltungsbehörden sind in den allermeisten Fällen gar nicht in der Lage, die Tragweite der an sie gestellten Anfragen schätzen zu können. Sie sind auch nicht immer unabhängig. Es giebt in Deutschland Bezirke, wo die industriellen „Könige“ (Murren rechts) einen sehr hohen Grad von Macht und Einfluß haben nicht bloß auf ihre Arbeiter, sondern auch auf die Verwaltungsbehörden, und diesen Einfluß fürchte ich. Wenn wirklich, wie der Handelsminister ausführte, die Bäckerarbeiter unter den § 105 d fallen, so wäre das für diese eine große Wohltat. Ich möchte aber den Herrn Handelsminister bitten, seinen Einfluß auch dafür einzusetzen, daß auch die Müller unter denselben Paragraphen fallen. Von 1162 Betrieben lassen nur 2 weniger als 12 Stunden arbeiten, 183 lassen volle 12 Stunden, 167 13-14, 143 15-16, 496 17-18, 123 19-20, 70 30-36 Stunden arbeiten. Diese Arbeiter verdienen einen ganz anderen Schutz, als ihnen dies Gesetz gewährt. Mit Unrecht wird man uns vor, wir wollten den kleinen Gewerbetreibenden nur das Leben jarter machen. Es sind genug Leute auf diesen Bänken, welche selbst im Kleingewerbe thätig waren oder sind. Wir kennen deshalb die vorhandenen Uebelstände und fühlen uns verpflichtet, sie zur Sprache zu bringen, denn Sie in Ihrer großen Mehrheit haben davon keine Ahnung. (Oho! rechts.) Die Meinungen über das, was am Sonntag gearbeitet werden muß, sind unter den Arbeitern und Arbeitgebern sehr getheilt, je nach dem Interessenstandpunkt. In diesem Interessenstreit darf nicht die untere Verwaltungsbehörde sondern nur der sachverständige aufsichtführende Beamte entscheiden. Es ist mir aufgefallen, daß keiner der Redner auf die von mir urgirte Ungleichheit eingegangen ist, nach welcher bei einer zwölfstündigen Ruhezeit am zweiten Sonntag die Arbeiter nur 312 Stunden im Jahre profitieren, während sie bei 36stündiger Ruhezeit an jedem dritten Sonntag 612 Stunden frei haben. Diese Bestimmung wird dahin führen, daß von der letzteren Befugnis so gut wie kein Gebrauch gemacht werden wird. Durch diese Bestimmung würde eine große Unzufriedenheit unter den Arbeitern hervorgerufen werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Höhe** (wild-lib.) bekämpft den Antrag **Hartmann**. Der Arbeiter schätze unbedingt die Sonntagsruhe höher als die Ruhe an einem Wochentage. Die einzelnen Betriebsunternehmer müßten möglichst unabhängig von der Polizei gestellt werden. Für die Großindustrie sei der Antrag überhaupt ohne jede Bedeutung; für die kleinen Betriebe aber sei er um so mehr abzulehnen, weil man nie sicher sein könne, daß die Polizeibehörde auch stets mit gleichem Maße messen werde. Redner hält 12 Stunden Ruhe an jedem zweiten Sonntag für nicht genügend. Er würde dem Antrag **Kuer** zustimmen, wenn er nicht auch auf die Betriebe Bezug hätte, welche unter § 105 d fallen, weil die betreffenden Arbeiten ihrer Natur nach einen Ausschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten. Vielleicht ließe sich ein 18stündiger Schichtwechsel durchführen. Die Furcht der kleineren Brauereien, namentlich in Süddeutschland, vor vermehrter Konkurrenz des Großbetriebs infolge der hier zu treffenden Bestimmungen sei übertrieben; auch sie würden sich mit den neuen Bestimmungen vollständig einrichten können.

Abg. **Söhnel** (Zentrum) ersucht um Ablehnung des Antrages **Wichdler** und erklärt sich auch gegen die Einführung eines Unterschiedes in der Behandlung der Betriebe nach ihrer Größe. Man soll nicht die kleinen Betriebe hängen, die großen laufen lassen, aber auch nicht umgekehrt. Den Antrag **Hartmann** könne er dagegen empfehlen, da derselbe einen geeigneten Ausweg darbot, um unter allen Umständen die Vornahme notwendiger Reparaturen zu verbürgen.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung werden die Anträge **Guttfleisch** (Korrektur des Druckfehlers „werktätige“ in „werktätige“), **Wichdler** (betreffend den Besuch des Gottesdienstes) und **Hartmann** (betreffend die Gewährung von Ausnahmen durch die unteren Verwaltungsbehörden) angenommen, alle übrigen Anträge werden abgelehnt. Gegen den so gestalteten § 105 a stimmen in der Gesamtabstimmung nur die Sozialdemokraten.

Um 5 Uhr wird die weitere Berathung auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 16. Februar.

Eröffnung 11 Uhr.

Die Beratung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt bei § 9 und zwar bei Nummer 7, bezw. den Anträgen

betz. Abzug auch der Lebens- u. Versicherungs-Prämien von dem steuerpflichtigen Einkommen.

Der Antrag Richter-Lüchow wird nunmehr nach kurzer Debatte angenommen.

Der Rest des § 9, welcher angeht, was insbesondere nicht als abzugsfähig zu gelten hat, wird unverändert in der Fassung der Kommission angenommen, nachdem auf Antrag aus dem Hause

Minister Miquel erklärt, daß die Ausgaben für Aufforstung von Lebländereien als eine Kapitalanlage anzusehen, mithin nicht abzugsfähig seien.

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird ohne bemerkenswerthe Debatten angenommen.

§ 14 geht an, was als Einkommen aus Handel und Gewerbe gilt. Danach soll der Reingewinn aus Handel und Gewerbe nach den Grundsätzen berechnet werden, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Handels-Gesetzbuch vorgeschrieben sind und sonst beim Gebrauche eines ordentlichen Kaufmanns entsprechen.

Abg. Goldschmidt (frei.) und Broemel beantragen, hinter dem Worte „Handels-Gesetzbuch“ einzuschalten: „im Artikel 189a für Aktien-Gesellschaften und Kommandit-Gesellschaften auf Aktien.“

Abg. v. Tiedemann (L.) wünscht dagegen den letzten Satz folgende Fassung zu geben: „Insbesondere gilt dieses einerseits von dem Zuwachs des Anlagekapitals und andererseits von den regelmäßigen jährlichen Abschreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Wertverminderung entsprechen.“

§ 17 enthält den Steuertarif. Die Kommission hat die Sätze für die mittleren Einkommen (von 2400 M. an) herabgesetzt und für die höchsten Einkommen eine Progressivskala bis zu 4 pCt. des Einkommens beschlossen.

Abg. Richter beantragt eine weitere erhebliche Herabsetzung für die Einkommen von 2400 M. an. Ebenso

Abg. Enneccerus von 3000 M. an.

Abg. Hygen (natl.) beantragt, die über 3 pCt. hinausgehende Progressivskala des Tarifs abzulehnen und demgemäß hinter der Steuerstufe 9000-9500 M. 276 M. Steuer, den letzten Theil der Regierungsvorlage: „Bei Einkommen von mehr als 9500 M. bis einschließlich 10500 M. beträgt die Steuer 800 M. und steigt bei höheren Einkommen bis einschließlich 100500 M. in Stufen von je 1000 M. um 3 pCt., von da ab in Stufen von je 5000 M. um 150 M.“ wieder herzustellen.

ferner geht noch ein Antrag Richter-Steffens ein, welcher in der Herabsetzung der Steuerhöhe nicht ganz so weit gehen will, wie der Antrag Richter.

Ob. Rath Wallach verweist darauf, daß nach der Regierungsvorlage die untersten (bisherigen Klassensteuer-) Stufen erheblich, die mittleren in geringerem Maße entlastet, die höchsten höher belastet würden, so daß gegen die Ergebnisse des Vorjahres im Ganzen ein Minus von 1695000 M. herauskomme. Nach den Kommissionsbeschlüssen trete eine weitere starke Entlastung der Einkommen von 3-6000 M., eine mäßige der Einkommen bis zu 8000 M. und von 6000-9000 M., sowie eine erhebliche Mehrheranziehung der Einkommen über 9000 M. ein. Insgesamt komme dabei Minus gegen die Regierungsvorlage von 95000 M. heraus. Gegenüber dem bisherigen Steueranfall kommen ergäben, die Kommissionsbeschlüsse für die Einkommen bis zu 9000 M. einen Ausfall von 6204000 M., für die Einkommen über 9000 M. ein Mehr von 4478000 M., insgesammt also einen Ausfall von 1790000 M. Was nun die vorliegenden Anträge betreffe, so würde sich bei Annahme des Enneccerus'schen Tarifs ein weiterer Ausfall von 10000000 M. (Hört! hört!) Das mutmaßliche Ergebnis des soeben erst als Antrag eingegangenen Richter'schen Tarifs habe er noch nicht berechnen können.

Abg. Hygen (natl.): Die Kommission hat eine Abweichung von der Vorlage beschlossen, von welcher der General-Steuerdirektor in der ersten Sitzung sagte, daß sie in der sächsischen Kammer von den Sozialdemokraten beantragt worden sei. Für die Deklaration bis ich bei den früheren Vorlagen eingetreten, aber es wäre ein Widerspruch sondergleichen, wenn man in dem Augenblicke, wo man die Deklaration einführt, die höheren Klassen mit einem höheren Steuerfusse belegte, als die unteren Klassen. Eine Steigerung bis 4 v. H. des Einkommens ist nirgends in anderen Staaten vorgezogen. Ueberall geht die Steuer nur bis 3 v. H., in England nur bis 2 1/2 v. H. Wenn jetzt jemand mit 80000 M. Einkommen eingeschätzt und in Zukunft 100000 M. deklariert, dann soll er 4 v. H. Steuer bezahlen anstatt bisher 3 v. H. (Zuruf rechts: Dann dat er's ja dazu! Heiterkeit.) Das ist eine Ungerechtigkeit. Redner beantragt, jede über 3 v. H. hinausgehende progressive Skala des Tarifs abzulehnen.

Abg. Wäcker (konf.): Ein Einkommen von 10 000 Mark wird durch eine Steuer von 3 v. H. viel härter gedrückt, als ein Einkommen von 100 000 oder 1 000 000 Mark durch 4 v. H. Steuer. Daß diese Progression der Steuer ein sozialdemokratisches Experiment sei, damit macht man und nicht grundlos. Die Sozialdemokraten wollen die Steuerhöhe unbegrenzt steigern, hier wird eine streng begrenzte Steigerung bis 4 zu v. H. vorgeschlagen.

Abg. Richter (str.) Mein Antrag schließt eine Steigerung der Steuer bis zu 4 v. H. für die Einkommen über 100 000 M. in sich. So tragisch wie Herr Hygen kann ich diese Belastung mit 4 v. H. nicht nehmen. Die Erleichterung der Mittelklassen ist ein Gebot der Gerechtigkeit, sowohl in Bezug auf die Besteuerung für den Staat, wie für die Gemeinden. Die untersten Einkommensklassen sind fortgesetzt ermäßigt worden, so daß die Einkommen unter 1500 M. gegen früher nur noch ein Drittel der Steuer bezahlen. Von da ab steigen aber die Steuerhöhen sehr erheblich und schnell, trotzdem die unteren und die Mittelklassen in ihrer Lebenslage und jedenfalls gegenüber der Steuer nicht so sehr verschieden sind. Bei den höheren Klassen ist der Steuerfuß weniger eine Einschränkung des persönlichen Lebensgenusses, als eine Einschränkung der Kapitalmacht. Um überhaupt ein Einkommen der Mittelklassen zu erlangen, muß schon ein gewisses Kapital für die Ausbildung aufgewendet werden. Die unteren Klassen werden sehr viel früher selbständig und erreichen oft schon frühzeitig das höchste Einkommen, welches sie überhaupt in Leben beziehen, während in den Mittelklassen die jungen Leute erst zehn Jahre später selbständig werden und das höhere Einkommen erreichen. Jeder Schüler der Volksschule kostet z. B. der Stadt Berlin 46 M., jeder Schüler der höheren Lehranstalten 76 M., ein Beweis, daß kein so großer Unterschied zwischen den unteren und Mittelklassen besteht. Daß in den Mittelklassen so wenig Kapital angesammelt wird, ist die Folge davon, daß eben für die Ausbildung der Kinder viel mehr Geld aufgewendet wird. Deshalb trifft die Steuer gerade hier sehr hart. Außer den gelehrten Ständen gehören in die Mittelklassen die Anfänger des Handels und der Industrie und die kleinen Landwirthe, welche selbst ihre Ländereien bewirtschaften, ohne Inspektoren u. s. w. halten zu können. Diese Einkommen sind durchaus nicht ständig, es kommen Verlustjahre, welche übertragen werden müssen, ohne daß der Fiskus etwas zuzieht. Die Deklaration trifft aber gerade hier am härtesten; das Einkommen wird ein Geldeinkommen sein, welches schwerer getroffen wird als ein Einkommen, welches erst aus Kapital-

leistungen u. s. w. berechnet wird. Besonders scharf ist aber die Belastung der Mittelklassen bei der Kommunalbesteuerung, welche jetzt in den unteren Klassen nach niedrigeren Sätzen erhoben wird. Der Ausfall bei den unteren Klassen wird namentlich bei den Mittelklassen gedeckt werden müssen. Bei einem Antrag wird der Mehrbedarf, der durch den Ausfall der unteren Klassen entsteht, allgemeiner vertheilt. Die Annahme meines Tarifs wird ja äußerlich vielleicht eine Wiedereinnahme von 10 Millionen Mark zur Folge haben, die Ueberweisungen an die Gemeinden werden geringer werden. Aber wenn Sie die Gebäudesteuer fragen, ob sie eine Erleichterung der Einkommensteuer gefordert haben wollen oder später vielleicht bei der Gebäudesteuer eine Erleichterung in Aussicht gestellt erhalten wollen, so werden sie diese Erleichterung der Einkommensteuer vorgehen. Kaum ist dieses Gesetz fertig, da kommen schon die Herren und verlangen aus den Ueberweisungen dieses Gesetzes 10 Millionen Mark für die Schulbauten. Die Ueberweisungen der Grund- und Gebäudesteuer können wir aus der lex Huene direkt machen, dazu brauchen wir diese Reform der Einkommensteuer nicht. Selbst wenn durch den österreichischen Handelsvertrag die Einnahmen aus den Getreidezöllen sich vermindern sollten, wird zur Ueberweisung noch genug übrig bleiben. Daß das sundirte Einkommen anders besteuert werden soll als das unsundirte, halte ich auch für richtig; aber man sollte das sundirte Einkommen aus dem jetzigen Standpunkt belassen und das unsundirte Einkommen erleichtern. Diese Mittelklassen sind diejenige Klasse, welche die Ehrenämter der Selbstverwaltung bekleiden und dadurch mehr aufwenden an Arbeit, als die ganze Steuer werth ist. Diese Klassen sind das Bollwerk gegen die Sozialdemokratie, und man sollte sich daher hüten, die Unzufriedenheit dieser Klassen zu erregen.

Finanzminister Miquel: Herr Richter hat in verlockender Weise alle Gründe für seinen Antrag entwickelt, aber sich dabei in Widerspruch gesetzt mit seinen eigenen Ausführungen und Gründen. Er will von einem Ausfall infolge seines Antrages nicht sprechen. Diejenigen, die die Wiedereinnahmen infolge besserer Einschätzung als einen wesentlichen Zweck des Gesetzes betrachten, können diesen Standpunkt nicht einnehmen. Herr Richter wollte von der Deklaration früher nichts wissen, und jetzt erwartet er davon eine erhebliche Wiedereinnahme. Wenn sich Wiedereinnahmen ergeben durch die Heranziehung des Einkommens, welches sich widersprüchlich der Besteuerung entzogen hat, so ist das nur die Befestigung einer Ungerechtigkeit. Daß in die Mittelklassen auch eine große Anzahl Grundbesitzer gehören, ist richtig, ebenso daß diese Personen gleichmäßig entlastet werden, wenn die Entlastung bei der Einkommensteuer erfolgt oder bei der Grundsteuer. Aber das hat mit einer allgemeinen richtigen Einschätzung nichts zu thun. Da die Verwendung der Wiedereinnahmen absolut für allgemeine Staatszwecke oder für die Sanftentilgung ausgeschlossen ist, wo sie verwendet werden müssen für die Entlastung der Grundsteuer oder für die Ermäßigung der Einkommensteuer, da ist von unsicherem Juliansprogramm doch nicht mehr die Rede. Während Herr Richter früher den Steuertarif der Regierung als unrichtig für die Gemeinden hinstellte, will er jetzt seinen viel tiefer einschneidenden Steuertarif als für die Gemeinden nützlich darstellen. Es ist ja immer dargelegt worden, wie sehr gerade die unteren Klassen durch die indirekten Steuern betroffen sind, da ist doch die Entlastung durchaus berechtigt; das muß Jeder zugeben, der diesen Standpunkt immer in Volksversammlungen, im Parlamente und in der Presse vertreten hat. Dem Antrag Richter können nur diejenigen zustimmen, welche alle Ueberschüsse aus der Vorlage vermeiden wollen. Um seinen Antrag annehmbar zu machen, hat Herr Richter die Ergebnisse der neuen Veranlagung ins Ungemessene erhöht. Er spricht von einem Mehr von 20, auch von 30 und 40 Millionen. Bei den Stufen der Klassensteuer verändert sich nichts, da ergibt sich höchstens ein Verlust. Es sollen also bei 48 Millionen Mark Einkommensteuer 40 Millionen Mark Einnahme herauskommen. Da müßte die Veranlagung jetzt noch sehr viel schlechter sein, als sie wirklich ist. Man überschätzt die Wirkung der Deklaration, namentlich für die erste Zeit. Deswegen möchte ich bitten, bei diesem ersten Schritte zu einer Steuerreform nicht abzurufen und insofern zu werden. (Beifall rechts.) So lange die Frage einer anderweitigen Heranziehung des sundirten Kapitals nicht gelöst ist, werden wir eine definitive Lösung noch nicht erreichen. Ich kann Sie also nur bitten, alle Anträge abzulehnen, sowohl den Antrag Richter als den Antrag Richter, den Antrag Enneccerus und die Regierungsvorlage (Große Heiterkeit). ... den Antrag der Kommission, wollte ich sagen. (Heiterkeit.) Wer das Ziel der Steuerreform will, der muß sich an die Regierungsvorlage, wenigstens an die Kommissionsvorlage halten. (Beifall.)

Abg. Krause (natl.): Ich werde bei der Kommissionsvorlage stehen bleiben.

Um 4 Uhr wird die weitere Debatte bis Dienstag 11 Uhr vertagt.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Jena, 15. Februar. In einem Theile der Presse wird der Reichstags-Abgeordnete für unseren Wahlkreis, Herr Wiffner (Wilmiberal), als ein Freund wägher Getreidezölle erklärt. Seine Willkürhaltung beim Antrage Richter, deren Grund wir nicht kennen, wird in diesem Sinne gedeutet. Als dann von einer „liberalen Bauernlandkultur“ im Sonneberger Wahlkreise die Rede war, erfolgt wiederum in einigen Blättern die Aufklärung: es handle sich um einen Mann, der auf dem Wiffner'schen Standpunkt stehe, d. h. nicht unbedingt gegen die Getreidezölle sei. Demgegenüber stellen wir hier fest, daß Herr Wiffner, der in der Stichwahl mit Hilfe der Sozialdemokraten gesiegt hat, die Verpflichtung eingegangen ist, für die Aufhebung (nicht Ermäßigung) der Getreidezölle zu stimmen.

Eberfeld. Am Freitag Morgen starb der Schreinermeister A. Werner, welcher im Eberfelder Prozeß wegen Verdachts des Meineids verhaftet, aber nach kurzer Untersuchungshaft wieder außer Verfolgung gesetzt wurde. Durch die Hast und die dadurch entstandene Aufregung hatte sich das Halbleiden Werners so verschlimmert, daß er zusehends dahinsiehte. Wenn der Verstorbenen sich die letzten Jahre auch nicht mehr um die öffentliche Bewegung kümmerte, so war derselbe doch früher besonders in der Tischlerbewegung ein thätiges Mitglied und man hat seine menschlichen Fehler längst vergessen.

Vielefeld. Heute (Montag) beschlagnahmte die hiesige Polizei auf Antrag des Berliner Amtsgerichts Regel's Dieberbuch in der Buchhandlung der „Volkswacht“.

Offenburg, 13. Februar. Die heutige Nummer des sozialdemokratischen „Volkstreuend“ wurde gerichtlich beschlagnahmt. Ein Artikel „Der Selbstmord als Rosenescheinung“, worin die Statistik der Selbstmorde beim Militär zum Gegenstande einer Berathung des Militarismus gemacht ist, soll den Thatbestand des § 131 Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen durch Behauptung erdichteter Thatfachen erfüllen. Auf die am 8. Januar erfolgte amtliche Beschlagnahme der Nr. 4 des „Volkstreuend“ wegen Verleumdung einer Gerichtsbehörde ist noch keine Anklage erfolgt.

Lumpenbälle.

Lumpenbälle. Die Theorie von der Doppelttheil eintreten der Ereignisse hat wieder einmal eine glänzende Bestätigung erfahren: In derselben Zeit, als die „Donatorien“ von Reinickendorf einen „Lumpenball“ feierten, hat auch Berlin seinen „Lumpenball“ gehabt! Wie es scheint, hat diese Festtags-Spezialität die besten Ausfichten, in den Kreisen der „guten Gesellschaft“ und „Gebildeten“ gebührende Anerkennung und Nachahmung zu finden, und es dürfte durchaus nicht überraschen, wenn die „Lumpenbälle“ bald „Mode“ werden. Die „gute Gesellschaft“, überfüllt von Genusssüßwägern, langweilt sich eben, sie legt nach Zerstreuung und Abwechslung in dem ewigen Einerlei der Masken, Kavaliere, Tafel- und sonstiger Bälle und weicht dem fündigen Kopfe, der als neue Spezialität die „Lumpenbälle“ angeheißt hat, naturgemäß den wärmsten Dank, der eben am deutlichsten durch vielfältiges Arrangement von „Lumpenbällen“ Ausdruck findet. Wenn es gestattet ist, sich auf Kosten der Armen zu bereichern, warum soll man sich nicht auch auf Kosten der Kerntzen der Armen amüsiren? Man amüsirt sich auf Kosten der Kerntzen der Armen, indem man diejenigen, die man sonst verachtet und meidet wie Unfähige, verheißt und verspottet, indem man zur eigenen Belustigung die Opfer der heutigen Gesellschaftsordnung, das „Lumpenproletariat“ karikiert! Ueber Geschmücker läßt sich bekanntlich nicht streiten, und wenn sich auch jeder „Ungebildete“ voller Eitel von solchem rohen Treiben abwendet, — für die „Gebildeten“ mag es ja wohl anfänglich erscheinen, die Grenzen der erlaubten Festtagsnarbeit in so frivolster Weise zu überschreiten. Und „Gebildete“ waren es doch, welche am Sonntag in Berlin den „Lumpenball“ inszenirten, ein Theil von Deutschlands „goldener Jugend“, die da glaubte ein besonders Privilegium für genannten „M“ zu haben und es für Standespflicht erachtet, Papa's Wechsel auf die schneidigste Weise zu verlampen. Die Veranhalter des „Lumpenballes“ waren Studierende am Kunstgewerbe-Museum! Das „M. Journal“ hat sich das hohe Verdienst erworben, diese Lumperei der Mit- und Nachwelt zu überliefern durch einen geistreichen Bericht, dem wir folgende Einzelheiten entnehmen:

„Wohl selten hat man eine solche Zusammenstellung von „Lumpen“ gesehen. Die originellsten und naturwahrsten Kostüme waren zu finden: vom Lumpensammler und Rowdy bis zum italienischen Bazarant. Man konnte sehen, wie weit der Naturalismus schon auf jedem Gebiete vorgeschritten ist, denn die Träger der verschiedensten Kostüme waren wirklich laum von echten „Lumpen“ zu unterscheiden.“

Das wollen wir gerne glauben! Ist doch das „Lumpen“ eine Hauptbeschäftigung vieler Herren Studenten, und so mag denn auch für manchen „Lumpenball“ das gewählte Kostüm ein ganz angemessenes gewesen sein und er den „echten“ Lumpen ganz meisterhaft repräsentirt haben, so daß allerdings ein sehr geeignetes Unterscheidungsvermögen dazu erforderlich gewesen sein mag, die „Lumpenbälle“ von den „echten“ Lumpen zu sondern, um so mehr, als ja nicht immer das Kostüm allein den Lumpen macht! Den oben erwähnten Fortschritt des „Naturalismus“ schildert das „M. Journal“ in folgender geschmackvollen Weise:

„Da sah einer mit ganz zerrissenen Hosen, dort war einer mit den Fingern eines ehemaligen Kodes bedeckt, ein anderer hatte die Lappen, die einmal als Hemd ein Ganzes bildeten, aber die Brust gelegt, auch der Pennruder und die Dirne waren ganz vorzüglich dargestellt, kurz, wer diese Gesellschaft sah, mußte glauben, einen „Ausflug aller Lumpen“ vor sich zu haben.“

Es hätte den Herren Studenten, wenn sie doch schon einmal „soziale Studien“ machten, besser angestanden, den Grund der Erscheinungen, die sie perfrisirten, zu erforschen, vielleicht wäre ihnen dann der Appetit zum Lumpenballe vergangen. Vielleicht wäre ihnen dabei etwas von einem vorhandenen „Gebildeten“ und „Künstlerproletariat“ zu Ohren gekommen, vielleicht wäre hätten sie erfahren, daß hierorts schon ein „Berein indistincter Herren“ mit einem „Arbeitsnachweise“ bezieht oder doch auch „studirt Herren“, Doktoren und Theologen, unter den Jassen der Arbeiterkolonien zu finden sind. Vielleicht wäre dabei doch der Gedanke an die Vergänglichkeit alles Bestehenden und daran wachgerufen worden, daß es immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt, daß sie sich an „Lumpenbälle“ einmal in „echte“ Lumpen verwandeln können.

Doch mögen sich die Herren Studenten nach ihrer Art amüsiren! Wir wollen uns nicht zum öffentlichen Sittenrichter aufwerfen, so lange sie mit ihrer „Unterhaltung“ unter sich bleiben. Anders liegt die Sache aber, wenn die gezogene Grenze des „Unter sich“ überschritten wird. Und dies ist hier der Fall, denn das „M. Journal“ schreibt in seiner angelegenen Note:

„Originelle Bilder des Berliner Nachtlebens waren in der Sonntagsnacht besonders in der Friedrichstadt zu beobachten. Die Studierenden am Kunstgewerbe-Museum hatten einen Lumpenball veranstaltet. Gegen 2 Uhr (Nachts natürlich!) kam ein Trupp junger Leute aus den Urminhallen, wo der Ball stattgefunden hatte, und zogen ins Café Europe. Wenn nicht einige anwesende Professoren die Gäste angemeldet hätten, wären dieselben gewiß an die frische Luft gesetzt worden. Nämlich anlässlich der Lumpenbälle, die oben geschildert worden sind. „Echte“ Lumpen werden natürlich in solchen Lokalen nicht geduldet! So zogen die jungen Leute von einem Lokal ins andere, und wo sie nicht hinausgeworfen wurden, machten sie es sich äußerst bequem, fangen die fröhlichsten Lieder, tanzen, kurz vollführten alles mögliche und unmögliche Unflin. Auch das Café Bauer wurde gegen 4 Uhr heimgesucht und den vielen Gästen dort werden die realistischen Gehalten noch lange im Gedächtnis bleiben. Zum Schluß ging es noch ins Pichor-Brau. Hier wurde lange Tafel gemacht und die fidesen Lumpen ließen noch manchen hellen frohen Satz ertönen.“

Was soll man dazu sagen? Wenn Berlin auch Univeritätsstadt ist, so ist Berlin doch keine Meinstadt und ein wenig geeigneter Boden für sogenannte „Studentenstreiche“! Wägher wägher Bürger, der sich einmal einfallen läßt, die nächtliche Ruhe dadurch zu stören, daß er in etwas lauter Weise nach dem „Wächter“ ruft, wenn er seinen Gauschläffel vergeffen hat, fällt dem „Groben Unflugs-Paragraphen“ zum Opfer, und hier! Nun — aber! Prudelnde Jugendluft! Wie nun, wenn Arbeiter sich nur halb so — „ulig“ benommen hätten? Ja, Bauer, das ist ganz etwas Anderes! Die Proletariatsweipen haben um 11 Uhr Abends Polizeistunde, und wenn da einmal ein Leierkasten spielt und fröhliche Lieder gefungen werden, dann ist gleich allgemeine Schläffen des Kopfes. Wenn aber in den Nachtcafés und den „feinen“ Kreisen, wo die „gute Gesellschaft“ die Nacht zum Tage macht, derartige Orgien, wie eben geschildert, gefeiert werden, dann vertägt sich das sehr wohl mit der guten Sitte und Niemand nimmt Anstoß daran. Nun, die „Gebildeten“ haben eben andere Begriffe von Moral und guter Sitte, als die „Ungebildeten“, das beweisen zur Genüge die „Lumpenbälle“!

Es giebt immer noch keinen Nothstand in Berlin! Der Frauenverein zur Unterstützung verführter Armen hat sich, vielleicht nach dem Ausspruche des Herrn v. Jordanbeck, folgende Formulare drucken lassen: Auf Ihr Gesuch erwidern wir Ihnen: Dem unterzeichneten Verein stehen leider nicht so bedeutende Mittel zur Verfügung, um allen Hilfsbedürftigen die erbetene Unterstützung zu gewähren, wir bedauern daher, Ihr darauf gerichtete Gesuch ablehnen zu müssen. Der Frauenverein zur Unterstützung verführter Armen in Berlin. — Man kann sich danach eine Vorstellung machen, was für jährliche Anforderungen und Gesuche an diesen Verein herantreten. Trotzdem erthirt kein Nothstand in Berlin! Nicht wahr, Herr v. Jordanbeck?

Eine neue Brutalität des Grafen Kleist-Voh! Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ schreibt: Graf Kleist scheint die Wägher, welche ihn durch seine einwillige, aus Gesundheitsrücksichten geübte Entlassung aus dem Gefängnis geschenkt ist auf an

Untersuchungen über die wirthschaftliche Lage der Berliner Metallarbeiter.

I.

In den jüngst verfloffenen Jahrzehnten sind so ziemlich auf allen Gebieten menschlichen Wissens gewaltige Fortschritte zu verzeichnen gewesen. Hindernisse wurden beseitigt, die früher allem weiteren Vordringen im Reiche der Erkenntnis eine Schranke gezogen hatten und Probleme wurden gelöst, an denen vordem aller menschlicher Scharfsinn zu Schanden geworden war. Weder die Gluthitze der Tropen noch die Polarkälte des hohen Nordens vermochte den nimmer ruhenden Forschergeist aufzuhalten. Rings um die ganze Erde sind im Laufe der letzten Jahre Stationen entstanden, auf welchen von Sachverständigen alle Vorgänge im Luftmeer und darüber hinaus die Bewegungen der Himmelskörper aufmerksam beobachtet werden. Aber nicht nur in die Höhe, sondern auch in die Tiefe ist der Forschergeist gedrungen. An besonders geeigneten Orten sind Gelehrte beschäftigt, der Mutter Erde an den Puls zu fühlen, um Kenntniss über das Wesen der Kräfte zu erlangen, die im Erdinnern eine Rolle spielen. In diesen rationären Beobachtungspunkten der verschiedensten Art kommen die wissenschaftlichen Expeditionen, welche mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit ausgerüstet sind und hinausziehen, um vielleicht selten wiederkehrende Vorgänge im Untergrund zu studieren, oder um die Geheimnisse der Tiefe zu ergründen. Aber seltsam! Während man die physikalischen Eigenschaften der Kräfte studirt oder den Schlamm des Meeres mit dem Mikroskop durchmustert, ist die offizielle Wissenschaft bisher behutsam an einem Gebiet vorbeigegangen, das unerforschter ist als Zentral-Afrika oder das Innere Grönlands. Und dieses Gebiet ist nicht erst durch weite und beschwerliche Reisen zu erreichen, sondern es liegt nahe, so nahe, daß Jeder täglich Gelegenheit hätte, Studien zu machen, wenn die Sache nicht gar zu alltäglich wäre. Man verlangt allerdings von jedem gebildeten Menschen, daß er in allgemeinen Umrissen die Geographie kenne, welche im Weltall regieren, aber vom Bau und Leben des sozialen Körpers braucht er nichts zu verstehen. In für Tausende von schwer gelehnten Männern bleibt die sie umgebende menschliche Gesellschaft für alle Zeit ein Buch mit sieben Siegeln. Von hoher Stelle ist zwar für den Forderung, der jetzt von allen Seiten gegen die Sozialdemokratie unternommen werden soll, die Parole ausgegeben worden, man müsse dem Volke zeigen, was wahr, was wirklich vorhanden ist. Nur schade, daß gerade das Deutsche Reich bisher in dieser Beziehung so gar nichts gethan und sich von den umgebenden „wildem“ Völkern hat überflügeln lassen. Deutschland hat keine solchen Beobachtungsstationen, genannt arbeitsstatistischeämter, aufzuweisen, wie sie Amerika, England und die Schweiz besitzen, und seine Untersuchungs-Kommissionen, welche es ausstaudt, wenn sich ganz besonders krankhafte Zustände an Gesellschaftskörper bemerkbar machen (siehe den großen Bergarbeiterstreik) waren in jeder Hinsicht Kommissionen wie sie nicht sein sollen. Unter solchen Umständen wird freilich weiter nichts übrig bleiben, als daß die Arbeiter immer wieder selbst Hand an Werk legen und mit der Fackel der Wissenschaft die Abgründe der kapitalistischen Gesellschaft durchleuchten. Moge das Material, welches durch die Engländer der Arbeiter gewonnen wird, auch noch so mager sein, besser ist es immer noch, als gar kein. So ist auch der „Allgemeine Metallarbeiter-Verein für Berlin und Umgegend“ der Pflicht jeder Arbeiterorganisation, arbeitsstatistische Aufnahmen zu machen, gerecht geworden. Groß waren die Schwierigkeiten, welche der Verein bei dieser Arbeit zu überwinden hatte. Und zwar waren es weniger äußere Schwierigkeiten, die dem in aller Stille betriebenen Unternehmen entgegentraten, sondern die Hauptschwierigkeit lag in dem Mangel jedes Verständnisses über den hohen Werth arbeitsstatistischer Aufnahmen bei einem großen Procentsatz der Berliner Metallarbeiter.

Dieser Umstand hat die Aufnahmen bedeutend verzögert, aber auch den Beweis geliefert, daß nur mit gut organisirten und gründlich durchgebildeten Massen auf dem Gebiete der Arbeitsstatistik Ersprießliches geleistet werden kann. Von den aus-gegebenen 15 000 Fragebogen ist nur etwas mehr als ein Drittel zurückgekommen, aber was zurückgekommen ist, genügt in Verbindung mit den sonstigen Erhebungen vollständig, um einen Ueberblick über die Lage der Berliner Metallarbeiter zu gewinnen. Allerdings in einer Hinsicht können die gewonnenen Resultate keinen Anspruch auf allgemeine Gültigkeit machen. Es war nur die Elite der Berliner Metallarbeiter, die sich an der Aufnahme betheiligte, es waren die geistig Regsamsten und daher auch in ihrem Fach die fleißigsten und Geschicktesten. Die Ergebnisse mußten daher notwendig zu roß ausfallen. So wurde beispielsweise bei den Schlossern ein weit niedrigerer Lohnsatz, als gesehen, ermittelt worden sein, wenn neben den Schlossern, die in den größeren Fabriken arbeiten, auch diejenigen der kleineren Werkstätten, und vor allem wenn die schlecht bezahlten Wandschlosser sich zahlreich an der Statistik betheilig hätten. Am wie viel die Resultate tiefer herabgedrückt worden wären, wenn auch die breite Mittel-klasse sich an der Aufnahme betheilig hätte, läßt sich nur annähernd schätzen, aber nicht genau bestimmen. Die Aufnahmen beschäftigten sich mit der Dauer der täglichen Arbeitszeit, der Ueberstunden- und Sonntagsarbeit, mit dem im Lohn, sowie im Afford erzielten Durchschnittsverdienst, mit dem durchschnittlichen Lebensalter, mit dem Strafgebuhrumverwe, mit den sanitären Zuständen in den Fabriken, mit den für die Arbeiter geschaffenen Wohlfahrts-Einrichtungen u. s. w. und erstreckten sich auf das erste Halbjahr von 1890, umfaßten also eine Periode der Prosperität, was in Verbindung mit dem schon erwähnten Umstande, daß nur die tüchtigsten unter den Metallarbeitern sich an der Aufnahme betheilig hatten, stets im Auge behalten werden muß. Was zunächst die Dauer der täglichen Arbeitszeit betrifft, so betrug dieselbe bei dem Gros der Metallarbeiter durchschnittlich 10 Stunden weniger einige Minuten. Eine Ausnahme machten nur die Metallarbeiter mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, die Mechaniker und Bisseure mit einer solchen von 9, und die Graveure mit einer solchen von 8 1/2 Stunden. Bedenkt man, daß gerade in der Metallindustrie die Arbeitstheilung weit vorgeschritten, die ganze Arbeitsweise durch Anwendung zahlreicher Hilfsmaschinen eine äußerst intensive ist, so ergibt sich, daß die durchschnittliche Arbeitszeit der Metallarbeiter eine entschieden zu lange ist. Dazu kommt, daß diese an sich schon zu lange Arbeitszeit beständig überschritten wird. Von den Schlossern hielten nur 29 1/2 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 20 1/2 pCt. regelmäßig 4 1/2 Ueberstunden arbeiteten. Ferner 44 pCt. arbeiteten nach Bedarf Ueberstunden, doch war auch hier in den meisten Fällen die Ueberstundenarbeit eine solche, daß sie als „fast regelmäßige“ bezeichnet werden mußte. Die Zahl der täglichen Ueberstunden schwankte zwischen einer und vier Stunden. Auch die Sonntagsarbeit fand in voller Blüthe. So arbeiteten 5 pCt. der Schlosser regelmäßig, und 41 pCt. nach Bedarf Sonntags. Die Sonntagsarbeit betrug im günstigsten Falle vier, im un-

günstigsten Falle 10 Stunden. Dieser starken Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit lagen verschiedene Ursachen zu Grunde. In erster Linie wurde geltend gemacht, daß in sehr vielen Fällen der pro Stunde gezahlte Lohnsatz ein so niedriger sei, daß die Schlosser gerade darauf angewiesen seien, länger zu arbeiten, um einen Verdienst zu erzielen, der zur Befriedigung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse notwendig sei. Die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit ist daher in zahlreichen Fabriken, speziell für die Lohnarbeiter, zu einer festen Regel geworden, der sich jeder Neueintretende unterwerfen muß, wenn er nicht baldige Entlassung riskiren will. Gefördert wird dieser Anlauf der Ueberstundenarbeit noch durch den Umstand, daß in vielen Fällen die Herren Meister für geleistete Ueberstunden eine ziemlich hohe Extra-Vergütung erhalten, was dieselben veranlaßt, die Ueberstundenarbeit ganz besonders zu kultiviren. Aus diesem Grunde war selbst in der Fabrik von Siemens u. Halske, die nach verschiedenen Seiten hin relativ günstige Verhältnisse aufzuweisen hatte, die Ueberstunden- und Sonntagsarbeit so allgemein üblich geworden, daß sich endlich Herr Siemens veranlaßt sah, wenigstens die Sonntagsarbeit durch ein Nachtwort zu beenden.

Etwas günstiger lagen die Verhältnisse bei den Eisen- und Metallarbeitern, da von denselben 47 pCt. die normale Arbeitszeit innehielten, während 44 pCt. nach Bedarf und 9 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Noch seltener war die Sonntagsarbeit, indem 3 pCt. der Dreher regelmäßig und 9 pCt. bedarfsweise Sonntags arbeiteten. Ohne Zweifel hat hier der Umstand bestimmend eingewirkt, daß die Dreher weit mehr als die Schlosser von den Betriebsmaschinen abhängig sind, und daß diese letzteren mit Rücksicht auf polizeiliche Vorschriften u. s. w. nur ausnahmsweise Sonntags in Thätigkeit gesetzt werden, während die Schlosser, sofern ihre Arbeit nur nicht zu geräuschvoll ist, einzeln und unabhängig vom ganzen Betriebe arbeiten können. Von den Klempnern hielten 46 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 48 pCt. nach Bedarf und 2 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Sonntags arbeiteten 2 pCt. der Klempner regelmäßig und 44 pCt. nach Bedarf.

Von den Branchen, welche den Schwankungen der Saison unterworfen sind, hatten die Dreher noch die relativ günstigsten Verhältnisse aufzuweisen. Von denselben arbeiteten 56 pCt. normale Zeit, 44 pCt. arbeiteten nach Bedarf Ueberstunden und 33 pCt. arbeiteten nach Bedarf Sonntags. Als echte Saisonarbeiter zeigten sich jedoch die Gärtler, indem nur 26 pCt. derselben eine normale Arbeitszeit innehielten, während 76 pCt. zeitweise Ueberstunden machten und 66 pCt. Sonntags arbeiteten. Nach Schluß der Saison arbeiteten allerdings 58 pCt. der Gärtler wieder unter der normalen Zeit, während von den Drechern 44 pCt., von den Klempnern 38 pCt., von den Drechern 17 pCt. und von den Schlossern nur 9 pCt. eine zeitweise Verstärkung der Arbeitszeit zu verzeichnen hatten. Von den Formern hielten 58 pCt. die normale Arbeitszeit inne, während 30 pCt. nach Bedarf und 12 pCt. regelmäßig Ueberstunden arbeiteten. Von den Mechanikern hielten 66 pCt. und von den Bisseuren 40 pCt. die normale Arbeitszeit inne. Von den Hilfsarbeitern arbeiteten 32 pCt. normale Zeit, 34 pCt. arbeiteten regelmäßig und 34 pCt. nach Bedarf Ueberstunden. Sonntags arbeiteten 42 pCt. der Hilfsarbeiter. Für die geleisteten Ueberstunden wurde in allen Branchen in der Regel nur der gewöhnliche Lohn gezahlt; die wenigen Fälle, in denen für Ueberstunden und Sonntagsarbeit ein höherer Lohnsatz gewährt wurde, behäftigten als Ausnahme nur die Regel.

Die ausgedehnte Ueberarbeit der in Arbeit stehenden Metallarbeiter mußte naturgemäß zahlreichen Verfassungsklagen die Möglichkeit rauben, Beschäftigung zu finden. Es fehlten daher alle Branchen ein bedeutendes Kontingent zur industriellen Lieferarmee. Von den Schlossern waren im vorausgegangenen Jahre, also 1889, trotz des guten Geschäftsganges 26 pCt. längere oder kürzere Zeit arbeitslos gewesen, und zwar betrug im Durchschnitt bei jedem der Feiernden die ungewollte Waise 57 Tage. In derselben Zeit waren arbeitslos gewesen von den Drechern 26 pCt. mit einer Durchschnittspause von 48 Tagen, von den Klempnern 27 pCt. mit einer Durchschnittspause von 40 Tagen, von den Gärtlern 36 pCt. mit einer Durchschnittspause von 55 Tagen, von den Drechern 41 pCt. mit einer Durchschnittspause von 53 Tagen, von den Formern 24 pCt. mit einer Durchschnittspause von 55 Tagen, von den Gelbgießern 10 pCt. mit einer Durchschnittspause von 38 Tagen, von den Zinngießern 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 40 Tagen, von den Keramachern 14 pCt. mit einer Durchschnittspause von 36 Tagen, von den Mechanikern 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 27 Tagen, von den Graveuren 50 pCt. mit einer Durchschnittspause von 36 Tagen, von den Bisseuren 44 pCt. mit einer Durchschnittspause von 42 Tagen und von den Hilfsarbeitern, unter dieser Rubrik hier wie überall, von den Hilfsarbeitern die Rede ist, auch die Bohrer, Hobler, Fräser, Feilscher, Schnittarbeiter u. s. w. mit einbezogen sind, 33 pCt. mit einer Durchschnittspause von 66 Tagen. Im Gesamtdurchschnitt waren also im Jahre 1889 33 pCt. sämtlicher Metallarbeiter 48 Tage außer Arbeit.

In wie weit die Berufstätigkeit der Metallarbeiter den Lebensstand verflärt, wie lange also die Metallarbeiter Aussicht haben, in dieser besten der Welten sich abzuwickeln, auf diese hochwichtige Frage gab die Statistik folgende Auskunft: Das durchschnittliche Lebensalter betrug bei den Schlossern 29 1/2 Jahre, bei den Drechern 29 Jahre, bei den Klempnern 29 1/2 Jahre, bei den Gärtlern 26 1/2 Jahre, bei den Drechern 29 1/2 Jahre, bei den Formern 29 Jahre, bei den Gelbgießern 25 Jahre, bei den Zinngießern 30 Jahre, bei den Keramachern 25 1/2 Jahre, bei den Mechanikern 24 1/2 Jahre, bei den Graveuren 23 1/2 Jahre, bei den Bisseuren 24 1/2 Jahre und bei den Hilfsarbeitern 29 Jahre. Wie aus dieser Tabelle ersichtlich ist, haben die Metallarbeiter wenig Hoffnung, jemals Reichspensionäre zu werden. Nur Vereinzelt werden in die Lage kommen, die berühmten 33 Pf. pr. Tag verfrachten zu können. Von den Schlossern waren beispielsweise 14 pCt. zwischen 17 und 20 Jahren alt, 49 pCt. waren zwischen 20 und 30 Jahren alt, 29 pCt. waren zwischen 30 und 40 Jahren alt, 7 pCt. waren zwischen 40 und 50 Jahren alt, 1 pCt. war zwischen 50 und 60 Jahren alt, zwischen 60 und 65 Jahren waren einige Wenige und über 65 Jahre alt war Niemand!

Betrachten wir nun den erzielten Verdienst, so betrug derselbe durchschnittlich pro Stunde im Lohn bei den Schlossern 36 Pf., bei den Drechern 35 Pf., bei den Klempnern 34 Pf., bei den Gärtlern 36 Pf.; bei den Drechern 33 Pf., bei den Formern 32 Pf., bei den Gelbgießern 35 Pf., bei den Zinngießern 30 Pf., bei den Keramachern 32 Pf., bei den Mechanikern 34 Pf., bei den Graveuren 33 Pf., bei den Bisseuren 40 Pf. und bei den Hilfsarbeitern 31 Pf.

Im Afford belief sich der durchschnittliche Verdienst pro Stunde bei den Schlossern auf 48 Pf., bei den Drechern gleichfalls auf 43 Pf., bei den Klempnern auf 37 Pf., bei den Gärtlern auf 39 Pf., bei den Drechern auf 42 Pf., bei den Formern auf 44 Pf., bei den Gelbgießern auf 38 Pf., bei den Zinngießern auf 42 Pf., bei den Keramachern auf 37 Pf., bei den Mechanikern auf 44 Pf., bei den Graveuren auf 43 Pf., bei den Bisseuren auf 42 Pf., und bei den Hilfsarbeitern auf 35 Pf. Der durchschnittliche Verdienst sämtlicher Metallarbeiter betrug daher im Lohn 35 Pf. im Afford 41 Pf. Angenommen, daß die Metallarbeiter die Hälfte der Zeit im Lohne, die andere Hälfte im

Afford arbeiteten, so würde dies einen absoluten Durchschnittsverdienst von 38 Pf. pro Stunde ergeben, was bei 300 Arbeitstagen, abzüglich der auf jeden Metallarbeiter entfallenden 16tägigen Pausen einen Jahresverdienst von 1080 Mark gleichmä.

Die Auszahlung des Lohnes erfolgte bei den Klempnern, Gärtlern und Drechern mit wenig Ausnahmen wöchentlich. Von den Schlossern, Drechern, Formern, Mechanikern und Hilfsarbeitern hatten ca. 84 pCt. wöchentliche, und ca. 16 pCt. 14tägige Lohnzahlungen. Ein besonderes Kapitel bildet das Einbehaltende verdienten Lohnes von Seiten der Fabrikanten. In dieser Hinsicht leistete speziell die bekannte Fabrik von Schwarzkopf, von der noch später die Rede sein wird, ganz Bedeutendes, indem sie ihren Arbeitern einen vollen Wochenverdienst einbehält. Bei einem Arbeiterpersonal von ca. 1500 Köpfen ergiebt dies für die gedachte Fabrik ein unverzinsliches Betriebskapital von mindestens 80 000 M.

Von den Schlossern erhielten nur 9 pCt. den Wochenverdienst voll ausgezahlt, bei 13 pCt. wurde der Verdienst von einem Tage, bei 32 pCt. wurde der Verdienst von 2 Tagen, bei 40 pCt. wurde der Verdienst von 3 Tagen, bei 2 pCt. wurde der Verdienst von 4 Tagen und bei 4 pCt. wurde der Verdienst von 6 Tagen einbehalten. Von den Drechern erhielten 12 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt, während bei 16 pCt. 1 Tag, bei 41 pCt. 2 Tage, bei 15 pCt. 3 Tage und bei 18 pCt. bis 6 Tage einbehalten wurden. Die Klempner, die noch vorwiegend in Kleinbetrieben beschäftigt sind, hatten weniger unter diesem Uebelstand zu leiden, da von ihnen 42 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt bekamen. Bei 49 pCt. der Klempner wurde 1 Tag, bei 7 pCt. wurden 2 Tage und bei 2 pCt. wurden 3 Tage einbehalten. Noch günstiger lagen die Verhältnisse bei den Drechern, da von denselben 58 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt bekamen, während bei 37 pCt. 1 Tag, bei 4 pCt. 2 Tage und bei 1 pCt. 3 Tage einbehalten wurden.

Von den Gärtlern erhielten 27 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt. Bei 37 pCt. der Gärtler wurde 1 Tag, bei 31 pCt. wurden 2 Tage und bei 5 pCt. wurden 3 Tage einbehalten.

Bei den Formern, Mechanikern u. s. w. lagen die Verhältnisse wie bei den Drechern.

Von den Hilfsarbeitern erhielten 22 pCt. den vollen Wochenverdienst ausgezahlt, während bei 18 pCt. 1 Tag, bei 14 pCt. 2 Tage, bei 38 pCt. 3 Tage, bei 2 pCt. 4 Tage und bei 6 pCt. 6 Tage einbehalten wurden.

Dieselbe Unternehmer-Billigkeit, welche sich hier bei dem Einbehaltenden verdienten Lohnes zeigt, machte sich auch geltend bei der Normirung und bei dem Eintreiben der Strafgebuhr. Von den Schlossern fanden nur 28 pCt. in einem Arbeitsverhältniß, in dem keine Strafen üblich waren. 72 pCt. der Schlosser mußten Strafen in verschiedener Höhe zahlen und zwar 16 pCt. in Höhe von 10 Pf., 30 pCt. bis zur Höhe von 25 Pf., 8 pCt. bis zur Höhe von 50 Pf., 7 pCt. bis zur Höhe von 1 M., 5 pCt. bis zur Höhe von 3 M., 16 pCt. bis zur Höhe von 6 M., und 18 pCt. Strafgebuhr bis zu unbestimmter Höhe, darunter solche bis zu 10 M. Dabei wußten von den Schlossern 18 pCt. nicht, wer die Strafgebuhr verwaltete und 34 pCt. vermochten nicht anzugeben, zu welchem Zweck sie verwendet wurden. Von den Drechern zahlten 34 pCt. keine Strafgebuhr, 31 pCt. zahlten Strafgebuhr in Höhe von 10 Pf., 20 pCt. zahlten Strafgebuhr bis zur Höhe von 25 Pf., 7 pCt. zahlten Strafgebuhr bis zur Höhe von 50 Pf., 4 pCt. zahlten Strafgebuhr in Höhe bis zu 3 M. und 4 pCt. zahlten Strafgebuhr in Höhe bis zu 10 M. Von den Drechern vermochten 30 pCt. nicht anzugeben, zu welchem Zweck die Strafgebuhr verwendet wurden. Während bei den Formern, Mechanikern u. s. w. auch hier die Verhältnisse wieder ähnlich liegen wie bei den Schlossern und Drechern, nehmen die Klempner, Gärtler und Arbeiter bei dem Kapitel der „Bußen“ eine Ausnahmestellung ein. Begünstigt durch den Umstand, daß in diesen drei Branchen der Klein- und Mittelbetrieb noch zahlreich vorhanden ist, hat das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer hier noch nicht vollständig alles Menschliche verloren. Die Strafen sind daher selten und von geringer Höhe. Ganz anders bei dem Großbetrieb, wo der Arbeiter als Mensch verschwindet, wo er zu einer Sache, zu einem Mädchen wird, welches sich bedingungslos dem Ganzen einzufließen hat. Hier herrscht das „Du sollst“ und „Du mußt“ in seiner ganzen Brutalität, daher die zahlreichen und die hohen Strafen. Von den Klempnern befanden sich 81 pCt., von den Gärtlern 62 pCt. und von den Drechern 63 pCt. in Arbeitsverhältnissen, in denen keine Strafen billirt wurden. Es zahlten Strafen von den Klempnern: 18 pCt. bis 10 Pf., 19 pCt. bis 25 Pf. und 2 pCt. bis 50 Pf. Von den Gärtlern: 25 pCt. bis 10 Pf., 9 pCt. bis 25 Pf., 2 pCt. bis 50 Pf. und 2 pCt. bis 1 M. Von den Drechern: 25 pCt. bis 10 Pf., 10 pCt. bis 25 Pf., 1 pCt. bis 50 Pf. und 1 pCt. bis 1 M. Von den Klempnern vermochten 18 pCt., von den Gärtlern 50 pCt. und von den Drechern 4 pCt. nicht anzugeben, zu welchem Zweck die Strafgebuhr verwendet wurden. Bei den „Arbeitern der Zukunft“, den Hilfsarbeitern, die vorwiegend im Großbetrieb beschäftigt werden, treten uns wieder andere Zahlen entgegen, da von denselben nur 37 pCt. keine Strafen zahlten, während 13 pCt. bis 10 Pf., 15 pCt. bis 25 Pf., 11 pCt. bis 50 Pf., 1 pCt. bis 1 M., 2 pCt. bis 3 M., 19 pCt. bis 6 M. und 2 pCt. Strafen bis zu unbestimmter Höhe zahlten. 23 pCt. der Hilfsarbeiter vermochten nicht anzugeben, zu welchem Zweck die Strafgebuhr verwendet wurden.

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Berlin. Am Sonnabend, den 31. Januar, fand eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins im Schötenhaus statt. Es wurde Bericht aus der Stadtverordneten-Versammlung über den Antrag des Arbeiter-Bildungsvereins gegeben. Der Vorsitzende schilderte kurz, wie sich die Stadtverordneten der dritten Wählerklasse dem Antrag gegenüberstellten, und wie mit Ausnahme eines einzigen Stadtverordneten, welcher den Antrag vertrat, die Stadtverordneten-Versammlung zur Tagesordnung überging. Der Vorsitzende verlas nun folgenden Antrag: An einen Hochwohlwollenden Bezirksauschuß des Kreises Niederbarnim. Untern 20. Dezember 1890 beantragte der hiesige Arbeiter-Bildungsverein bei einem wohlwollenden Stadtverordneten-Kollegium, das Bürgerrecht, insbesondere das Wahlrecht zu den Kommunalwahlen auszudehnen auf solche Einwohner, welche zur ersten Klassensteuerpflicht verpflichtet sind. Dieser Antrag wurde in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung am 9. Januar 1891 unter der Motivirung der Ungefügigkeit (nach der Städte-Ordnung) abgelehnt. Am 31. Dezember 1891 fand eine öffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, welche von ungefähr 300 Personen besucht war; in derselben wurde einstimmig beschloßen, den obigen Antrag an einen hochwohlwollenden Bezirksauschuß mit nachstehender Begründung einzubringen: Von einer Ungefügigkeit bei Annahme des obigen Antrages kann keine Rede sein, da nach § 11 der Städte-Ordnung

die Stadtverordneten besagt sind, besondere statutarische Bestimmungen zutreffen: In einer Großstadt, wie z. B. Berlin, haben sämtliche Arbeiter, welche in geordneten Verhältnissen leben, das Wahlrecht, da sie vermöge der höher stehenden Lohnverhältnisse in den höheren Klassen der Stufen eingeschätzt und nach § 5 der Städte-Ordnung wahlberechtigt sind. Nun sind aber die hiesigen Lohnverhältnisse solche, daß der größte Teil der Arbeiter noch der ersten Steuerstufe angehören und mithin das Wahlrecht nicht hat. Trotzdem ist aber in oben bezeichneter Stadtverordneten-Versammlung konstatiert, daß z. B. Nachtwächter, Postbeamten und Zahnarbeiter, die ebenfalls zur ersten Steuerstufe eingeschätzt sind, zur Wahl zugelassen werden. Um nun ein für alle Mal hierin gleiches Recht zu schaffen und derartige Unregelmäßigkeiten aus dem Wege zu räumen, ersuchen wir einen Hochl. Bezirksausschuß, die hiesige Behörde anzuweisen, das Bürgerrecht, insbesondere das Kommunal-Wahlrecht, auf die oben bezeichneten Einwohner auszuweiten. — Hierauf fand eine lebhafte Debatte statt, in welcher aufgeführt wurde, nicht wieder in die Stadtverordneten-Versammlung Leute zu wählen, die nur nützen. Der obige Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter Vorbehaltenein lassen die elenden Verhältnisse der hiesigen Arbeiterklasse zur Sprache, die sich nach einem Bericht des hiesigen Kreisblattes zwar in einem dauernden Nothstand befinden und den noch die angebotenen Suppenküchen abgeschlagen hätten. (Bravo! Red.) Auch das Geld, welches man zur Errichtung einer Arbeitervereinsverwaltung wolle, sei anderwärts besser angebracht. Ein Antrag, bei der gegenwärtigen Nothlage möge das Stadtverordneten-Kollegium bedürftigen Kindern ein- oder zweimal des Tages warme Speisen verabreichen lassen, jedoch dies nicht als Armenunterstützung anzurechnen, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum Beitritt und zu fröhlicher Unterstüßung des Arbeiter-Bildungsvereins auf.

Wöhner. Zur Reichstagswahl im II. Weisinger Wahlkreis. Der Wahlkampf hat begonnen! Am Mittwoch Abend referierte in diesem kleinen Schiffskafe der mandatorische Dr. Wöhner über seine Reichstagsfähigkeit und die bevorstehende Wahl. Daß der Herr Doktor den deutschen Freisinn vertritt, ist selbstredend. Er lobte die neue Gewerbegesetz-Novelle, nahm aus dem sozialdemokratischen Programm, aus Wellmann's „Rückblick vom Jahre 2000 auf das Jahr 1887“, aus Veber's „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, das heraus, was ihm behagte. Marx, Engels, Liebknecht und Bebel wurden theils gelobt, theils hinterläßt angegriffen. Zum Schluß kam der sozialistische Zukunftsplan an die Reihe. Die Schlagwörter: Autonomie, Revolution, Zwangsarbeit, gewaltsame Enteignung u. wurden den erstaunten Anhängern St. Manchesters in so graufiger Weise zu Gemüthe geführt, daß die zu Hunderten im Saale anwesenden Sozialdemokraten in ein schallendes Gelächter ausbrachen. Zum Wort meldete sich Genosse Reishaus, welcher, auf der Durchreise begriffen, die Gelegenheit wahrgenommen hatte, die Objektivität des Herrn Wöhner etwas näher zu prüfen, und der Versammlung von Anfang an beizuhören konnte. Juvörderst erklärte der Vorsitzende des deutsch-freisinnigen Wahlkomitees, Herr Fabrikbesitzer G. Eberlein, daß zwar nur Wähler geladen seien, doch weil der Gegenkandidat anwesend sei, so wolle er denselben eine Viertelstunde das Wort ertheilen. Dr. Wöhner wurde, als er den Namen „Reishaus“ hörte, unruhig, erklärte, daß es wohl noch nicht dagesen sei, daß zwei Gegenkandidaten in einer Versammlung sprächen, doch fügte er sich in das Unvermeidliche und mußte sich selbstredend gefallen lassen, daß ihm unser Kandidat die bittersten Wahrheiten sagte. Nach einigen Minuten begann der Freisinn unruhig zu werden, einige Heißsporne, Kaufleute und ein Lehrer, wurden ungeduldig, sie opponirten, wollten keine sozialdemokratische Rede hören, so daß ein Tumult entstand, welcher sekundenlang anhielt. Genosse Reishaus geißelte sowohl Herrn Wöhner als auch den Freisinn und wies die unwahren Behauptungen Wöhner's in allen Punkten in der überzeugendsten Weise zurück. Da die Ausführungen des sozialistischen Gegenkandidaten mit schallenden Bravo'sen begleitet wurden, so begann der Freisinn am die „schöne Rede“ Wöhner's ängstlich zu werden, und das Tausend freisinnige, welche auf den vorderen Stühlen Platz genommen, verlangte vom Vorsitzenden, daß Genossen Reishaus das Wort entzogen werden sollte. Selbstredend wurde von den anwesenden Sozialdemokraten protestirt und auf Verlangen eines freisinnigen Schloß der Wächtermeister die Versammlung, Genossen Reishaus das Wort abschneidend! Das ist der Kampf mit geistigen Waffen! das ist der Freisinn! — Nachschrift: Die Versammlung hat mehr gewirkt, wie eine von Sozialdemokraten einderisene, denn zu Hunderten zogen die Genossen mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie aus dem Saale und bis 12 Uhr fand gemüthlicher Verkehr im dichtbesetzten Verkehrslokale statt.

Versammlungen.

Kommunalwähler-Versammlung.

Eine von über 1000 Personen besuchte Kommunalwähler-Versammlung des 21. Kommunal-Wahlbezirks fand unter dem Vorsitz des Genossen Schweizer am Sonntag, den 15. Februar, statt. Als erster Redner sprach der Reichstags-Abgeordnete Paul Singer und führte ungefähr folgendes aus:

Als vor nunmehr 8 Jahren die sozialdemokratische Partei in die Kommunalwahl-Bewegung Berlins eintrat, da stellte sie ein Programm auf und normierte in demselben genau, nach welchen Ansätzen sie selbstthätig in die Regelung der Stadtverwaltung eingreifen werde. Getreu diesem Programm haben die wenigen sozialdemokratischen Stadtverordneten gekämpft und gerungen und unentwegt ihr Ziel verfolgt; sie sind wahre Stadtväter gewesen. Wenn sie aber trotzdem keine wesentlichen Erfolge zu verzeichnen haben, so ist das nicht Schuld der Männer, welche die Interessen des Volkes vertreten, sondern es ist Schuld des beklagenswerthen Umstandes, daß sie nicht in genügender Anzahl in der Stadtverordneten-Versammlung sind. Das Programm, von dem die sozialdemokratischen Stadtverordneten noch nicht eine Hand breit abgewichen sind, ist ein vorzügliches, und kommt es einmal zur Durchführung, so wird auch in kommunaler Beziehung ein vollständiger Umschwung zum Besseren eintreten.

Die sozialdemokratische Partei in der Stadtverordneten-Versammlung wendet sich zunächst gegen das von der Verwaltung vertretene Prinzip, die öffentlichen Anlagen und Betriebe Privatunternehmer-Gesellschaften zur Ausbeutung zu überlassen. Alle derartigen Einrichtungen, wie die elektrische Beleuchtung, die Pferde-Eisenbahnen und so weiter, welche der allgemeinen Wohlthat dienen, müssen Gemeingut der ganzen Stadt werden und in den alleinigen Besitz der breiten Massen übergeben, durch deren rastlose Thätigkeit die Betriebe überhaupt ermöglicht werden. Es kann nun und nimmer der Zweck solcher Einrichtungen sein, für die Aktionäre der Privatgesellschaften feste Pfändungen und Dividenden herauszuschlagen, sondern der Nutzen, den sie abwerfen, muß voll und ganz in die städtischen Kassen fließen. Dann muß mit Nothwendigkeit eine Verminderung der Steuerlasten erfolgen, und besonders die Miethsteuer würde nicht in einer absolut unzulässigen Weise reformirt, sondern gänzlich beseitigt werden. Wenn die Stadtvertretung einmal die bisher verfolgte Politik aufgibt und sich zu der Ansicht bekehrt, daß nicht Privatgesellschaften den Löwenantheil aus den öffentlichen Betrieben ziehen dürfen, während der Stadtsäckel mit einem winzigen Almosen abgespeist wird, dann müssen sich auch die städtischen Kassen füllen und der Bürgerschaft die weitgehendsten materiellen Erleichterungen gewährt werden. Um zu begreifen, wela ungeheuren Summen an den städtischen Kassen vordrängen in die nie zu fallenden Taschen der Privatunternehmer fließen, braucht man sich nur der Thatsache zu erinnern, daß bei

der Vergabe des öffentlichen Anschlagewesens augenblicklich 150 000 M. mehr wie früher gefordert werden. — Und wer hat das erreicht? Nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten, die in unermüdlicher Arbeit die Schäden der Verwaltung aufdecken und so lange ihre mahnende Stimme erhoben, bis die übrigen Stadtverordnete, gezwungen durch die öffentliche Meinung, diesem Anse Folge leisten mußten!

Aber auch in anderer Beziehung ist es dringend notwendig, daß in die Stadtverordneten-Versammlung von Berlin ein Stück jenen Geistes hineingetragen wird, der die heutige Zeit durchweht. Im Reichstage ist das bereits gelungen, wie die Verhandlungen bei dem Arbeiterschutz-Gesetz gezeigt haben. Trotzdem die sozialdemokratische Fraktion einzelne Theile des Gesetzes mit aller Energie bekämpft und andere durch Anträge zu verbessern sucht, trotzdem sie auch jetzt wieder der Uebermacht ihrer vereinten Gegner unterliegen muß, kann das Arbeiterschutz-Gesetz als ein moralischer Sieg der sozialdemokratischen Partei betrachtet werden: es ist das Produkt der ein Vierteljahrhundert hindurch währenden Thätigkeit der Sozialdemokratie. Selbst der starren „freisinnigen“ Partei ist nunmehr die Ueberzeugung aufgezwungen worden, daß die augenblicklichen Verhältnisse unerträglich sind, und auch in ihren Reihen dämmert allmählich die Erkenntniß, daß der Staat doch eine höhere Aufgabe hat, als „Nachtwächter“ zu sein. In der Stadtverordneten-Versammlung hingegen, wo die Manchestermänner des Freisinn's das volle Regiment haben und sich um andere Parteien fast gar nicht zu kümmern brauchen, herrscht noch immer ein starres Festhalten an dem Grundsatz, welcher der deutsch-freisinnigen Partei nur zur Unehre gereichen kann, daß man zwar Erleichterungen schaffen solle, daß diese aber als ein Ausfluß des Wohlwollens, nie und nimmer aber als ein Recht des Volkes zu betrachten seien. Die Sozialdemokratie dagegen vertritt den Standpunkt, daß das Volk, welches Steuern zahlt und zur Erhaltung des ganzen Kommunalwesens die meisten Mittel beiträgt, ein Recht hat, Erleichterungen und Hilfe zu fordern. So giebt denn die sozialdemokratische Partei der Stadtverordneten-Versammlung, wann immer sie kann, dieser ihrer inneren Ueberzeugung Ausdruck und hebt stets hervor, daß die Bürgerschaft ein Recht hat, von der Stadtverwaltung Erleichterung zu fordern.

In einem freisinnigen Flugblatt ist zu lesen, daß 24 Mill. Mark, also ungefähr 1/4 der Gesamtsteuereinnahme, zu Gunsten der Minderbegüterten Verwendung finde. Daß es aber nur dem unermüdlichen Arbeiten der sozialdemokratischen Partei, welche immer und immer wieder auf eine derartige Verwendung drang, zu verdanken ist, wenn die Stadtverordneten-Versammlung sich endlich dazu entschlossen hat, verschweigt das Flugblatt wohlweislich. Die freisinnige Partei schmückt sich eben, wie schon so oft, wieder mit freunden Bechern und brüht sich mit Wohlthaten-Geschichten, die sie nur widerwillig und gezwungen durch die überwältigenden Beweise ihrer sozialdemokratischen Kollegen getroffen hat. Es kennzeichnet sich hier wieder so recht der wahre Charakter des Freisinn's, indem er sich mit Ehrlichungen wichtig macht, welche eigentlich ganz und gar selbstverständlich sind. Denn gerade die Minderbegüterten sind es doch, welche die Hauptlast der Steuern aufzubringen haben und demgemäß doch auch die größten Ansprüche zu erheben berechtigt sind. Die Miethsteuer z. B. jene ungerechteste und nach jeder Richtung hin verwerthete Steuer, drückt den Minderbegüterten am meisten und vertheuert ihm das nothwendigste Lebensbedürfnis in einer geradezu unerhörten Weise. Es klingt deshalb wie der reine Hohn, wenn die freisinnige Partei, die für die Lebensmittelpreise nicht genug Worte der Verdammung finden kann, für die Beibehaltung der Miethsteuer eintritt. Die Miethsteuer drückt denjenigen am hartesten, dessen wirtschaftliche Stellung ihn nicht in die Lage setzt, hohe Steuern zahlen zu können; sie hat deshalb den Charakter einer indirekten Steuer, welche ja von dem Freisinn am heftigsten befochten wird. Die freisinnige Partei sieht ihre schiefte Stellung auch selbst ein und nur deshalb und weil sie sich dem Auktium der ganzen Bevölkerung nicht mehr entgegenstellen kann, hat sie jetzt vorgeschlagen, die Wohnungen bis zu 200 M. steuerfrei zu lassen. So viel aber ist gewiß, daß auch diese Vergünstigung, durch welche dem Volke Sand in die Augen gestreut werden soll, nie ertheilt wäre, wenn in der Stadtverordneten-Versammlung nicht Sozialdemokraten säßen. Die Sozialdemokraten sind das verkörperte Gewissen der Stadtverwaltung.

Ganz besonders rühmt sich die freisinnige Partei ihrer eifrigen Förderung des Schulwesens und verkümmert es nie, diesen „Edelstein, der in hellstrahlendem Lichte glänzt“, stets den Augen der Stämmenden vorzuführen. Die Einrichtung des Schulwesens soll ja keineswegs bezaubert werden; aber selbst der größte Optimist muß zugeben, daß noch viel im Argen dabei liegt. Von der Freisinn übrigens das Schulwesen nach Kräften fördert, liegt ja schon in seinem menschlichen Standpunkt begründet. Die Herzen des Freisinn's, welche den Schweif der Kometen bilden, die am Himmel des Herrn Eugen Richter herumtummeln, wissen ganz genau, daß ihnen die in die Verbesserung des Schulwesens gesteckten Kapitalien reichliche Zinsen tragen werden, und die Zahlung dieser Zinsen erfolgt durch die bessere Ausbeutung der Arbeiter, die sich in der Schule schöne Kenntnisse erworben haben. Freilich, es wird dem wirtschaftlichen Liberalismus dereinst so gehen, wie dem Jüdenlehrer bei Goethe, der die Geister, die er gerufen, nicht wieder los wurde: Der Geist der Bevölkerung wächst; er wird den Liberalismus ereisen und ihn zertreten. — Zwar hat sich die freisinnige Partei in einer plötzlichen Umwandlung von Humanität bewegt gefühlt, die für die Lieferung unentgeltlicher Lehrmittel ausgeworfene Summe von 9000 auf 40 000 M. zu erhöhen, aber auch dieser Vergünstigung sieht wieder das teuflisch grüne Geheiß des Mephisto, weil bei einem Anspruch erit die Bedürftigkeit nachgewiesen werden muß. Hierin unterliegen sich sogar die Prinzipien, welche im „Rothem Hause“ vertreten werden. Die sozialdemokratische Partei betrachtet die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel als einen Ausfluß des garantirten freien Volksschul-Unterrichts, die liberale Majorität dagegen will die unentgeltliche Lieferung von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig machen.

Bei einem Antrag zur Einrichtung der Wärmeluben hat sich die freisinnige Partei, die sich die Vertreterin der Humanität nennt, nicht geschämt, dem Glanz, der bitteren Noth noch Verpottung entgegenzusetzen, indem sie fragte, welche Klassen der Bevölkerung die Wärmeluben denn eigentlich benutzen sollten. Wenn in diesen Winter die Nothwendigkeit der Einrichtung von Wärmeluben nicht eingesehen werden konnte, so muß man sich wirklich fragen, wie viel erfrorene Menschen denn erst vor der Thür eines im Thiergarten wohnenden liberalen Stadtverordneten liegen müssen, um einen Nothstand erkennen zu können.

So kann man in jeder Beziehung die Beobachtung machen, daß die Majorität der Stadtverordneten-Versammlung nur dem Scheine nach die Interessen des Volkes vertritt. Mit diesem System muß gedrohen werden; das Volk muß sich regen und seinen Unterdrückten seinen Willen zu erkennen geben, indem es einen Sozialdemokraten zum Stadtverordneten wählt. Der morgige Wahlkampf wird nur ein Vorgehakt sein für jenen großen Kampf, der im Herbst dieses Jahres gekämpft werden wird. Im November wird das Volk sprechen und entscheiden, ob das Streben der Sozialdemokraten für edel und gut befunden werden soll, oder ob es sich weiter von der liberalen Majorität an der Nase herumführen lassen will!

Dem Redner, der etwa 1 1/2 Stunden gesprochen hatte und zeitweise von allseitiger Zustimmung unterbrochen war, wurde von der lautenstimmigen Versammlung stürmischer Beifall gezollt. Nachdem sich der minutenlang anhaltende Beifallssturm gelegt hatte, ergriff der sozialdemokratische Wahlkandidat, Genosse Wegner, das Wort und führte aus:

Eine der berechtigtesten Forderungen des Volkes ist die unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel. Die Beschaffung dieser Lehr-

mittel fällt manchem außerordentlich schwer und zwar ganz besonders dann, wenn die Vergabe des Kindes in eine andere Klasse oder die durch einen eventuellen Wohnungsunzug bedingte Ueberstellung in eine andere Bezirksschule erfolgt ist. Wenn diese unentgeltliche Lieferung der Lehrmittel von dem Nachweise der Bedürftigkeit abhängen soll, so wird es vielleicht dahin kommen, daß man die Eltern unmittelbarer Kinder ihres Wahlrechtes beraubt, wie vor einiger Zeit einem Vater, der sein krankes Kind in ein Krankenhaus schaffte, die Eröffnung gemacht wurde, er dürfe sein Wahlrecht nur dann ausüben, wenn er sich verpflichte, die etwa entstehenden Kosten noch in diesem Jahre zurückzuzahlen. Die Sozialdemokraten sind die einzigen, welche für Freiheit und Recht kämpfen, und gerade deshalb werden sie von den anderen Parteien so gehaßt und verfolgt. Man wirft den Sozialdemokraten vor, sie erregten Unzufriedenheit. In Wirklichkeit erregen unsere Gegner die Unzufriedenheit der Massen, indem sie die unerträglichen Verhältnisse geschaffen haben. Die Sozialdemokratie thut nichts, als die Ursachen aufdecken und den Massen zu zeigen, wie eine Aenderung geschaffen werden kann. Das ist den Gegnern natürlich äußerst unangenehm und un bequem, und besonders in der Stadtverordneten-Versammlung wird es sehr schmerzhaft empfunden, daß sich in den trauten freisinnigen Freundeskreis einige Sozialdemokraten einschließen haben. Die Aufgabe des Volkes ist es nun, dafür zu sorgen, daß immer Sozialdemokraten zu Stadtverordneten gewählt werden, damit im „Rothem Hause“ immer mächtiger die Stimme der Wahrheit erschallen kann.

Nach dem Genossen Wegner wurde reichlich Beifall gesendet. Trotz wiederholter Aufforderung des Vorsitzenden, etwaige Gegner möchten sich zum Wort melden, fand sich kein Gegner. In der Diskussion sprachen alle Redner im Sinne Singer's und Wegner's. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute in der Kommunalwähler-Versammlung anwesenden erklären sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Versammelten sprechen ihre Mißbilligung über das Verhalten der Mehrheit der Stadtvertretung sowohl in prinzipieller wie in taktischer Beziehung aus. Sie verpflichten sich, mit all' ihrer Kraft morgen für den sozialdemokratischen Kandidaten Theodor Wegner einzutreten, um denselben zum Siege zu verhelfen.

Hierauf wurde die imposante Versammlung mit einem dreifachen, begeisterten Hoch auf die gute Sache und die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiterinnen aller Branchen fand Montag Abend unter Vorsitz des Genossen Jodetz statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung: Vortrag des Genossen H. Säbnermann über: Der Kampf ums Dasein im Arbeiterleben. In der Diskussion sprach nur der Vorsitzende, welcher zum Anschluß an eine Organisation aufmunterte.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung legte Frau Rehel Rechnung ab über die der Agitationskommission zugeflossenen Gelder. Eingegangen waren 164,20 M., davon waren vorausgabt theils für Unterstüßungen, theils bei der Agitation entstandene Unkosten 152,80 M., wonach mithin bleibt Bestand von 11,40 M. Diese Auffstellung sei von den Genossen Wengels und Heindorf geprüft und für richtig befunden worden.

Frau Wismann berichtete sodann über die für die gemafregelten Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen der Berliner Webefabrik von den Gewerkschaften überwiesenen Gelder; danach sind 117,70 M. eingelaufen, welche Summe bis auf 60 M. für Unkosten vollständig zur Unterstüßung verwandt wurde. Gegen die beiden Berichte wurden aus der Versammlung keinerlei Einwendungen gemacht. Frau Rehel legte ihr Amt als Delegirte der Berliner Streit-Kontrollkommission nieder. Unter Vorbehaltenein wurde energisch für den Beitritt zum „Allgemeinen Arbeiterinnenverein“ agitirt. Nachdem die Versammlung von Vorsitzenden mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen war, blieben die Versammelten noch zu einem geringen Zusammensein verbunden mit Tanz zurück.

In der öffentlichen Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 8. Februar, in Schlegelsberg's Salon, Jahnstr. 8, unter Vorsitz des Genossen Hornisch, hielt Genosse Richard Boginski einen interessanten Vortrag über „Volkswirtschaftliche Entwicklung“, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Unter Vorbehaltenein wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die heute in Schlegelsberg's Salon tagende öffentliche Versammlung des „Vereins der Arbeiterinnen“ ersucht die Redaktion des „Vorwärts“ in Zukunft die übrigbleibenden Exemplare zur Agitation zu verwenden, und nicht als Material zu verkaufen, da es Partei-Organ ist und es unseren Interessen zuzubehalten, wenn es als Wapen hier verbraucht wird. Ref. u. (Es ist dies nicht Sache der Redaktion, sondern der Expedition, welche unsere's Wissens bereits längere Zeit die übrigbleibenden Exemplare der Agitation zur Verfügung stellt. D. Red.) Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen. Die Versammlung war zahlreich besetzt und unterhielt sich nachher noch einige Stunden mit Gesang und Tanz.

Freie Vereinigung der Damenmüchel-Schneider und der Arbeiterinnen der Bekleidungs-Industrie-Berlin's Große Versammlung am Dienstag, den 17. Februar, Abends 8 Uhr, in Reibel's Salon, Gendarmen-, Bahstr. 68. Tagesordnung: 1. Vortrag, (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion, 3. Abrechnung vom Vereinsführer vom 28. September 1890. 4. Was sollen sich die Mitglieder zu dem Antrag: Auflösung der Vereinigung? Verschleuß und Fragestellen. Sätze haben Zutritt. Um pünktlichen Besuch wird gebeten.

Schneider und Schneiderinnen. In der am dritten Weihnachts-Feiertag tagende öffentliche Versammlung der in der Bekleidungs-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurde der Antrag gestellt: Auflösung resp. Abrechnung der bestehenden Kommissionen. Der Antrag wurde der Agitationskommission der Schneider- und Schneiderinnen überwiesen mit der Bitte, es in einer öffentlichen Schneider-Versammlung auf die Tagesordnung zu stellen. Wollgen! In in verschiedenen Versammlungen die Angelegenheit wegen vorgerückter Zeit nicht erledigt werden konnte, ist die Agitationskommission sich dahin entschlossen, am 19. Februar, Abends 8 Uhr, in den Reibel's Salon, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung für Schneider und Schneiderinnen stattfinden zu lassen. Tagesordnung: Abrechnung resp. Auflösung sämtlicher Kommissionen. Vortrag, Diskussion, Verschiedenes. Um zahlreiche Theilnahme ersucht die Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. M. Dieck' Verlag) ist soeben das 20. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Streifzug in das Gebiet des Zeitraums. Von Trevir. — Die Schynaschine. Von G. Schläter. — Die russische revolutionäre Bewegung einst und jetzt. Von B. Reitschewsky. — Notizen. — Feuilleton: Lächer unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von G. v. D. R. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Expedition.

J. Jffland, Post Townsend. Das Blatt geht seit 1. Jan. nun regelmäßig an Sie ab.

Wir bitten um Adressenangabe folgender Kreise: Vereinigung der Drechsler, Ostberm. 1-6 Berlin, Drechsler, O. Ueberwallung 11, Drechsler (Perlmutterarbeiter) Ostberm. 1, waltung V., Kranen- und Sterbelasse der Forner, Freireisigle Gemeinde Nirdorf, Fachverein der Feilenhauer, Gefangenen-Gemeinde Hoffnung, Friedrichsberg, Freie Vereinigung der Handschuhmacher Berlin, Kommission der Stückenmacher, Leseklub „Reisig“, Lohnkommission der Drechsler Berlin's.